

Wir in der ÖKOTOPIA Handelsgesellschaft bilden kaufmännische Lehrlinge projektorientiert aus. Es ist uns nicht gleichgültig, mit welchen Waren gehandelt wird. Die Auswahl orientiert sich am Kriterium der gesellschaftlichen Nützlichkeit.

Mit dem Verkauf des Kaffee's werden nicht nur die Kaffeebauern in Nicaragua unterstützt und die Wirtschaft des Landes gefördert; 10 % des Weltmarktpreises für Kaffee gehen direkt an das Jugendprojekt "Quincho Barrileta, Managua,



**NICARAGUA KAFFEE
& ESPRESSO**

Verkauf im Groß- und Einzelhandel

geklaut bei:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 114

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

April 1983

Solidaritätspreis DM 3,50



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

Frieden in Mitteleuropa - Krieg in Mittelamerika — **GRENADA:** Kleine Karibikinsel als große Bedrohung der USA — **GUATEMALA:** Hinrichtungen in Guatemala — **CHILE:** Rückblick: Chile vor 10 Jahren - Die Monate vor dem Putsch

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
✓ — Frieden in Mitteleuropa - Krieg in Mittelamerika	5
✓ — NICARAGUA: "Dem Volk das Wort geben"	10
✓ Der geheime Krieg kocht über - oder wie eine ✓ Schweinebucht vorbereitet wird	17
— EL SALVADOR: Marlanella und Ana-Maria Presente	21
✓ — GRENADA: Die kleine Karibikinsel als große Bedrohung der USA	24
✓ — HAITI: Jean-Paul II besucht Jean Claude Duvalier	31
✓ — GUATEMALA: Hinrichtungen in Guatemala	35
✓ Kidnapped	38
✓ — KOLUMBIEN: Interview mit M-19 (2. Teil)	40
✓ — CHILE: Die Bürgerliche Opposition formiert sich	45
Rückblick: Chile vor 10 Jahren - Die Monate vor dem Putsch	48
Kongreß: "Freiheit für Chile"	51
— REZENSIONEN: Politisches Theater in Lateinamerika	54
Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika	55
— Leserbrief zu LN 113	57
— TERMINE	59
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	60

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 14.4.1983

Abo-Preis: DM 40,—/Übersee DM 65,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehrlinghof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Bekanntlich herrschten in der ganzen Nachkriegszeit Krieg und Frieden. Während sich in Europa die Großmächte, einig in der Strategie der Abschreckung, gegenseitig in Schach hielten, hörte in der Dritten Welt das Ringen um Einflußsphären - überlagert von vielfältigen anderen Kämpfen - niemals auf. Erst seit kurzer Zeit macht sich in Europa die Erkenntnis breit auf welcher schwankenden Basis die durch die großen, waffenstarrenden "Friedensbewegungen" (Selbstdarstellung) bewirkte Abwesenheit von Krieg hier steht. Während wir dagegen kämpfen, daß unsere Schutzmacht uns zu Tode schützt, und versuchen den Frieden auf eine andere Sicherheit zu stützen als die des angedrohten und geplanten Atomkrieges, bekennt diese Schutzmacht sich offen zu ihren Versuchen die sandinistische Revolution rückgängig zu machen. Die Enthüllungen der letzten Zeit über diesen Krieg der US-Regierung haben diese mitnichten in eine Defensivposition gebracht: Der Kampf für die Freiheit, die sie meinen, geht weiter. Über diese neuere Entwicklung berichtet ein Artikel.

Die Friedensbewegung wird nicht nur unter diesem Aspekt in einem anderen Beitrag aufgefordert, den bundesrepublikanischen und europäischen Bezug ihres Engagements zu überdenken. Während in der friedenspolitischen Diskussion stehts auf das "deutsche Interesse" gepocht wird, ziehen in genau diesem Namen in der 3. Welt politische Interessen in einen Konkurrenzkampf, die nicht die unseren sein können. Acht Thesen befassen sich mit "Frieden in Europa - Krieg in Mittelamerika?".

Die besonderen Probleme abgelegener Regionen im Verlauf der nicaraguanischen Revolution sind in oft schmerzhafter Weise deutlich geworden. Über einen Versuch von campesinos, in ihrer Region mit ihnen fertig zu werden, berichtet ein Artikel über ein Radioprojekt.

Vier Jahre sind vergangen seitdem auf Grenada der Diktator Gairy verjagt wurde. Auch hier sieht die US-Regierung ihre "nationalen Sicherheitsinteressen" von der weit reichenden Hand des Weltkommunismus bedroht. Der Blick auf bisherige Erfolge sowie den Enthusiasmus und das Engagement der Grenadiner bringt unseren Artikel aber zu einer optimistischen Einschätzung der Lage auf dieser Insel.

Der Besuch des Papstes ist Anlaß zu einem der seltenen Artikel über Haiti. Die Entwicklung der dortigen Kirche seit dem Konkordat von 1860 zeigt ein Bild von vielfältiger Verflechtung mit politischen und wirtschaftlichen Interessen, aber auch von der Entstehung oppositioneller Kräfte, die Ausbeutung und Unterdrückung anprangern. Guatemala wurde zu einem traurigen Höhepunkt der Papstreise; trotz Intervention des Vatikans wurden sechs Menschen hingerichtet. Die Hintergründe dieses Vorfalles werden untersucht.

Einen weiteren Schwerpunkt dieses Heftes bildet Chile. In dieser Nummer beginnen wir mit einer Serie von Rückblicken auf Chile 1973, die zugleich ein Rückblick auf die Geschichte der Lateinamerika-Nachrichten sein wird. Diesmal geht es um die Entwicklung von März/ April 1973: Die Rechte erkennt nach den Wahlen, daß ein parlamentarischer Sieg nicht greifbar ist; ihre Perspektive heißt jetzt Putsch.

Zehn Jahre danach ergeben sich neue Bewegungen in der Parteienlandschaft: Von den Christdemokraten bis zu den Sozialisten haben die Parteien sich zu einer oppositionellen Verbindung zusammengeschlossen, die Kommunistische Partei steht dem Projekt mit Sympathie gegenüber. Eine Einschätzung der Perspektive der "Multipartidaria" ist jedoch noch schwierig.

In Münster wird vom 24.-26. Juni ein Kongress "Freiheit für Chile" stattfinden. Eine Vielzahl von Gruppen, Parteien und Einzelpersonen werden ein breites Spektrum von Themen diskutieren, die für die Entwicklung in Chile von Bedeutung sind. Das FDCL beteiligt sich an Vorbereitung und Durchführung des Kongresses und ruft zur Teilnahme auf. In der nächsten Nummer werden wir weitere Informationen zu diesem Kongress liefern.

Zu unserer Berichterstattung über den Sendero Luminoso erreichte uns in den letzten Tagen ein Leserbrief, den wir abdrucken. Um ein Mißverständnis zu klären: Der Abdruck des Artikels über den Sendero Luminoso (1. Teil) in der vergangenen Nummer bedeutet nicht, daß in der Redaktion die entsprechende Diskussion abgeschlossen ist und das Ergebnis mit dem besagten Artikel vorliegt. Vielmehr versuchen wir den Prozeß der Diskussion innerhalb der Redaktion zu dokumentieren, indem wir Artikel abdrucken, die unterschiedliche Positionen einnehmen (s. LN 107, 112, 113). Den zweiten Teil des genannten Artikels bringen wir in der nächsten Ausgabe.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE



Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

BRD

Frieden in Mitteleuropa

- Krieg in Mittelamerika

Das nachfolgende Thesenpapier wurde von Erich Süßdorf als Diskussionsbeitrag für die 2. Europäische Friedenskonferenz zum Thema "Was soll die Friedensbewegung angesichts von Nord-Süd-Konflikten tun?" angefertigt.

Da wir diese Thesen vor dem Hintergrund des wachsenden Konfliktes in Mittelamerika für besonders wichtig halten, drucken wir sie auch in den LN ab.

8 Thesen zum Verhalten der Friedensbewegung gegenüber den sozialen und politischen Kämpfen in Mittelamerika:

1) Obwohl die Erhaltung des Friedens in Westeuropa eine Existenzfrage ist, darf der Friedensbegriff nicht regional oder national eingeschränkt werden. Frieden in Westeuropa bei Fortsetzung der militärischen Konflikte in der "Dritten Welt" hieße: Friede den Palästen - Krieg den Hütten. Friede kann heute nur Auseinandersetzung bedeuten, die den weltweiten Kampf um gerechtere soziale Verhältnisse in den Ländern der "Dritten Welt" ebenso einschließt wie alle Versuche zur Beseitigung der ausbeuterischen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Industriestaaten und den Ländern der Peripherie. Eine Vorstellung von Frieden, die nicht nach der Verantwortung für das jährliche Verhungern von 14 Mio Kindern fragt, wäre ein "Frieden der Satten".

2) Die westeuropäischen Staaten haben in den 60er und 70er Jahren eine weltwirtschaftliche Stärkeposition erlangt, die die Anzeichen von Konkurrenz mit den USA um Rohstoffe und Absatzmärkte immer deutlicher macht. Mit dem weltwirtschaftlichen Heraustritten Europas aus dem Windschatten der USA sind die Züge eines neuen, westeuropäischen "partnerschaftlichen Imperialismus" deutlich geworden. Wenn die Friedensbewegung beginnt, die moralische und politische Verantwortung für die Folgen dieser Entwicklung zu übernehmen, und sich gegen ihre Ursachen wendet, trifft sie als Gegner nicht nur auf den Staatsapparat sondern auch auf eine Bevölkerung, die sich ihrer Privilegierung im internationalen Maßstab bewußt ist. Mit der weltweiten "Gleichmacherei" (CDU-Jargon) sind auch an der Basis der SPD noch keine Wahlen zu gewinnen; dennoch muß die Überwindung von Hunger und Unterentwicklung zentraler Maßstab einer Friedens-orientierten Politik sein.

3) Die Außenpolitik Westeuropas war in der Regel Blockpolitik des Westens gegenüber der "Dritten Welt" und dem sogenannten sozialistischen Lager. Die häufiger werdenden Ausnahmen von der Regel sind zumeist auf wirtschaftliche Konkurrenz (Röhrenembargo - Sowjetunion, Atomgeschäft mit Brasilien) zurückzuführen, gewinnen jedoch angesichts der aktuellen Politik der USA eine zunehmend politische Dimension. Die Unterstützung von Blockfreiheit in der "Dritten Welt" von Westeuropa aus, war entweder nur programmatische Selbstdarstellung oder sie erschien als geeignetes Instrument "liberaler" Weltmarktintegration. Wo die Unterstützung von Blockfreiheit sich auf Staaten innerhalb der engeren Einflußsphäre der USA bezog, trat die führende kapitalistische Weltmacht energisch auf den Plan.

4) Mittelamerika droht zum klassischen Opfer dieser Blocklogik zu werden. Wer sagt, der sandinistische Volksaufstand oder die Politik der salvadorensischen Opposition seien gelungene Produkte der sowjetisch-kubanischen Subversion lügt und /oder ist nicht informiert. Über Waffenlieferungen kann man streiten, über die Motive der Menschen, die sie als letztes Mittel in die Hand

nehmen, kaum. Unter der salvadorensischen Opposition gibt es Christdemokraten, Sozialdemokraten und unterschiedliche Fraktionen von Sozialisten und Kommunisten. Marxistisch-leninistische und Moskau-orientierte Positionen sind nicht das Ergebnis der Arbeit des KGB, sondern eher das Resultat der Politik der USA.

Die Ursachen der Kämpfe in Mittelamerika sind mittelamerikanische, insofern jahrzehntelang die elementarsten sozialen und politischen Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung (Landverteilung) von Diktaturen der Oligarchien und Clans gewaltsam blockiert wurden, sie sind nordamerikanische in dem Maß, in dem die USA verhindert haben, daß diese Diktaturen mit friedlichen Mitteln beseitigt werden konnten.

Der Versuch der Regierung Reagan, diese Kämpfe in das Schema des Ost-West-Konflikts zu pressen, ist Anwendung der Blocklogik zur Liquidierung von Volksbewegungen, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der mittelamerikanischen Gesellschaften, ist in seinen militärischen Konsequenzen die Ursache für einen beginnenden, un erklärten Krieg.

5) Selbst die Sozialistische Internationale, die zwischen 1976 und 1981 einen vorsichtigen Versuch unternahm, die mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen zu unterstützen um dadurch deren Bewegungsspielraum gegenüber den USA und ihre Bindungen an Westeuropa gleichzeitig zu verstärken, ist dem Druck aus den USA fast vollständig gewichen. Die Sonderbotschafter der späten Regierung Carter und vor allem der Regierung Reagan haben unmißverständlich klar gemacht, daß sie die sozialdemokratische Spielregel: Standbein NATO-Mitgliedschaft, Spielbein SI-Politik nicht bereit sind zu akzeptieren. Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutete dies u.a.: Abberufung des Vertreters der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Managua im Fall Nicaraguas und Nicht-Unterstützung der mexikanisch-französischen Position im Falle El Salvadors. Aber selbst die verbliebenen Reste des europäischen Widerstands gegen den Hegemonieanspruch der USA in der Region sind für die Selbstbestimmungsversuche in den Kleinstaaten noch von Bedeutung.

6) Doch auch diese kritischen Restbestände werden abgebaut: der "Schulterschuß" der deutschen Außenpolitik der CDU/FDP-Regierung mit der Reagan-Administration erhöht die Gefahr stärkerer

militärischer Intervention der USA in El Salvador und Nicaragua. Die Weltöffentlichkeit weiß spätestens seit den Veröffentlichungen von "Time" und "Newsweek", daß der US-Geheimdienst CIA mit hohem finanziellen (19 Mio US-\$ wurden bekannt) und militär-technologischem Aufwand die Angriffe der ehemaligen Nationalgardisten Somozas von Honduras aus, gegen Nicaragua unterstützt. In einer UNO-Debatte hat die Regierung Nicaraguas gegen die US-Unterstützung dieser Angriffe Protest erhoben: der Botschafter der Bundesrepublik hat sich konsequent im Sinne der Blocklogik einseitig gegen Nicaragua gewandt. Damit übernimmt die Bundesregierung einen Teil der Verantwortung für einen Stellvertreter-Krieg, den die USA mit Hilfe ihrer Geheimdienste in Mittelamerika führen. Auch die Verhandlungsangebote der salvadorenschen Opposition verhallen ungehört. Es sind die Regierungen der USA und die salvadorensische Oligarchie, die die militärische "Lösung" suchen.

7) Die Außenpolitik der USA gegenüber Mittelamerika vertritt ihren traditionellen Hegemonie- und Kontrollanspruch gegenüber der Region zur Zeit in aggressiver Form (vgl. Santa-Fé-Dokument). Nach Vietnam, Watergate, dem Sturz der Diktatur in Nicaragua und der Geiselnahme im Iran versucht die Regierung Reagan den entlegitimierten und geschächten Führungsanspruch der USA durch Aufrüstung und offensives Auftreten wiederherzustellen. Das Eingreifen der USA in El Salvador und der unerklärte Krieg gegen Nicaragua bilden Stufen einer Eskalation, wie sie zu Beginn der nordamerikanischen Intervention in Vietnam feststellbar waren. Es sind die gleichen Programme wie in Indochina (salvadorenische Landreform / Operation Phoenix), und es sind an den entscheidenden Stellen die gleichen Personen, die das US-amerikanische Vorgehen bestimmen (Enders, Prostermann u.a.). In diesen Tagen wird deutlich, daß Teile der Regierung, der Geheimdienste und der Militärs, in der Lage sind, bestehende Gesetze zu übertreten und zu umgehen, um militärische Aktionen logistisch zu planen, auszustatten und mit großem finanziellen Aufwand praktisch umzusetzen. Wenn die Reaktion der nationalen und internationalen Öffentlichkeit so schwach bleibt wie im Fall der "Newsweek"-Veröffentlichungen, werden interventionistische Fakten geschaffen, die ihrerseits den Einsatz stärkerer Mittel rechtfertigen und nach sich ziehen.

Das heißt, die internationale Friedensbewegung muß publizistisch und durch alle vorstellbaren Aktionen gegen den unerklärten Krieg in Mittelamerika die Öffentlichkeit mobilisieren, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

Der Falkland/Malvinen-Krieg hat gezeigt, wie schnell die Friedensbewegung durch eine nationalistische Welle in eine hilflose Defensive geraten kann - es ist das Terrain der Hinterfragung des traditionellen Nationalismus, auf dem die Friedensbewegung an Stärke gewinnen muß.

8) Was hier gesagt werden konnte, mußte verkürzt und vereinfacht bleiben; in der Konferenz-Diskussion wird es nicht nur notwendig sein, weiter zu differenzieren, sondern auch neben die Kritik der westlichen Blocklogik die Kritik der realsozialistischen Blocklogik zu stellen (Afghanistan).



Trommelwirbel — fünfzig Menschen werden von simulierten Maschinengewehrsalven niedergestreckt. Tatort: Die Stände von El Salvador und Guatemala auf der Internationalen Tourismusbörse in Westberlin. Politische Organisationen in diesen Ländern fordern Tourismusboykott.
Foto: Ralph Rieth

NICARAGUA

„Dem Volk das Wort geben“

Bericht über ein Radio-Projekt für Campesinos

In einem der abgelegenen Flecken Nicaraguas, im Umkreis von San Carlos am Südzipfel des Nicaragua-Sees, wollen die Campesinos ihr eigenes Radio machen. Der folgende Bericht beschreibt ein Projekt, mit dem versucht wird, die besonderen Mängel dieser Region, wie schwere Bildungs- und Gesundheitsprobleme, zu bewältigen und dabei basisdemokratische Strukturen zu entwickeln.

Eine Fahrt aufs Land

Paco, der Spanier, der den Sender "13. Oktober" mitgegründet hat, nimmt uns mit aufs Land, damit wir einen Teil seiner Arbeit kennenlernen. Wir fahren mit der "Panga", einem kleinen Motorboot, den Rio San Juan hinauf und biegen dann in einen der vielen kleinen Nebenarme ab. Die Gegend ist dünn besiedelt, nur vereinzelt sehen wir eine Holzhütte auf Pfählen am Ufer stehen. Auch der Ort, an dem wir anlegen, besteht nur aus zwei Häusern. Hier wartet schon ein kleiner Lastwagen, der uns auf der einzig existierenden Straße weiterbringen soll. Alles ist hervorragend organisiert; sogar eine Tonne mit Benzin steht unter Verschluss.

Zunächst fahren wir durch eine baumlose, fast unbewohnte Gegend. Zäune grenzen landwirtschaftlich genutztes Land ab, hier wird hauptsächlich Rindviehhaltung betrieben. Langsam kommen wir in gebirgiges, bewaldetes Gebiet. Die Gegend ist jetzt dichter besiedelt; da und dort gibt es Mais- und Bohnenfelder.

Wir kommen in Los Chiles, unserem Bestimmungsort, an. Während Paco und seine zwei Begleiter mit Hilfe einiger Campesinos die 20 m hohe Antenne aufbauen, sehen wir uns im Dorf um. Es ist nicht groß und scheint am Ende der Welt zu liegen; die einzige Straße endet hier. Die einfachen Holzhütten stehen verstreut, Latrinen gibt es nicht, und ich sehe nur einen einzigen Brunnen. Niemand hat ein Auto, man reitet hier hauptsächlich zu Pferd. Schnell kommen wir mit den Leuten ins Gespräch. Die meisten von ihnen leben noch nicht lange hier; sie sind vor rund 15 Jahren aus dem Westen des Landes hierhergezogen. Man kann hier ganz gut leben, meinen sie. Zwar lebt man nicht im Reichtum, doch müssen sie nicht hungern. Sie haben ihre Felder, auf denen sie alles anbauen, was sie brauchen und außerdem ein bißchen Vieh.

Inzwischen ist die Sendestation aufgebaut und der Kontakt zum Sender in San Carlos hergestellt. Eine große Traube von Menschen umringt Paco und einen der Campesinos, der das Mikrophon in der Hand hat. Er berichtet den "Brüdern und Schwestern", die gerade am Radio sitzen, über das Leben in Los Chiles, erzählt von einer Landkooperative, die er selbst gerade mit aufbaut, interviewt auch andere Männer und Frauen, die auch ohne Scheu gleich darauf los erzählen. Als einer aus Schüchternheit keine Antwort gibt, überspielt der "Sprecher" das hervorragend. Zum Schluß stellt er eine Musikgruppe aus der Gegend vor, die zwei, drei Lieder vorspielen. Wir sind begeistert von der Sicherheit, mit der der Campesino die Sendung führt und fragen Paco, wer das sei. Als Paco uns sagt, daß er vorher noch nie ein Mikrophon in der Hand hatte, konnten wir es kaum glauben. Aber für Paco war das nicht die erste Erfahrung, mit welcher Leichtigkeit die Campesinos mit dem Mikrophon umgehen.



Diese Projekt kennenzulernen war eine eindrucksvolle Erfahrung; kennenzulernen, wie Basisdemokratie funktionieren kann. Bevor ich das Projekt näher darstelle, will ich die Lebensbedingungen der Leute darstellen, die daran beteiligt sind.

Regionale Charakteristika

Die Bevölkerung lebt vom Anbau und vom Verkauf landwirtschaftlicher Produkte (Mais, Reis, Bohnen, etc.). Doch ist der Handel erheblich erschwert durch ein fast völliges Fehlen einer Verkehrsinfrastruktur. Die einzige, mit Autos befahrbare Straße existiert erst seit einem Jahr. Teilweise dienen Flüsse als Transportmittel. Die Bevölkerungsdichte ist niedrig, und durch die weite Streuung der Bevölkerung mangelt es an öffentlichen Einrichtungen wie Kran-

kenhäusern, Schulen und anderen Versorgungseinrichtungen.

Auch die Wohnverhältnisse sind mangelhaft, zahlreiche Familien leben in einem einzigen Raum. Latrinen sind eine Ausnahme und Möglichkeiten der Trinkwasserversorgung (durch Brunnen) praktisch nicht vorhanden. Es existieren akute Probleme der Unterernährung, was zum einen aus einer Unterversorgung, bedingt durch die niedrigen ökonomischen Einnahmen, begründet ist. Zum anderen besteht eine Fehlernährung, d.h. eine einseitige Ernährung, da noch vorhandene kulturelle Tabus das adäquate Ausnutzen der bestehenden Nährstoffquellen nicht erlauben. Man wendet primitive und mangelhafte Produktionstechniken an, was das Arbeitsmaterial, die Form der Kultivierung des Bodens und den Gebrauch von Düngemitteln betrifft.

Diese Bedingungen sind auch Ursache der schlechten gesundheitlichen Situation. Es sind meist bösartige Krankheiten, die die Bevölkerung befallen: akute Diarrhöen, Berglepra, parasitäre Erkrankungen, Malaria, Gelbfieber, Typhus, Anämie, Wasserentzug, Astma, Tuberkulose.

Die Bildungssituation ist auch mangelhaft; auch nach der Alphabetisierungskampagne, die die Analphabetenquote um 80% verringert hat, existieren Analphabetismus bzw. Sub-Analphabetismus und ein Mangel an Schulen. Das Gebiet am Rio San Juan gehört zu den Teilen Nicaraguas, das noch die größte Analphabetenquote aufweist.

Politische Aspekte

Durch den Baumwollboom der 60er Jahre und der daran anschließenden Konzentrierung des Landbesitzes durch die Einführung der Monokultur wurden weite Teile der Bevölkerung aus dem Westen Nicaraguas vertrieben und mußten in entlegene Gebiete ausweichen. Sie siedelten sich auch im Departament Rio San Juan an und bauten sich eine neue Existenz auf. Durch den schon erlebten Verlust ihres Besitzes stehen sie revolutionären Zielen wie der Agrarreform skeptisch gegenüber, denn sie befürchten, wieder ihres Bodens beraubt zu werden. Sie hängen eher an der kleinbürgerlichen Idee der eigenen Scholle, und so existiert ein großer Rückstand der Volksorganisation.

Der Mangel an Kommunikation untereinander, die Isolation führte zu einer kulturellen Misere, zu einem Fehlen an politischem, kulturellem und wissenschaftlichem Austausch.

Die revolutionäre Tradition ist in Rio San Juan nicht verwurzelt, und mit der Ausnahme des Angriffs auf San Carlos gab es keine vorherigen Höhepunkte im antisozialistischen Kampf. Es hat eine derartige Isolierung und ein Elend gegeben, daß sich eher eine Unterwürfigkeit entwickelt hat. Trotzdem sind die jetzigen Fortschritte offenkundig, was man am Anwachsen der Teilnehmer in den Milizen und der Festigung der UNAG (nationale Union der Bauern und Viehzüchter), der größten organisatorischen Kraft im Departament erkennen kann. Die ATC (Landarbeitergewerkschaft) ist im Aufbau, und die CDS (sandinistische Dorf- und Stadtteilkomitees) gibt es vor allem im dörflichen Bereich.

Das Radiokommunikationsprojekt

All diese gesamten Bedingungen machen offenkundig, wie wichtig gerade ein Radiosender ist, der an den Mängeln und Bedürfnissen der Campesino-Bevölkerung ansetzt. So funktioniert der Sender auch mit der direkten Beteiligung seiner Empfänger. Zum einen wird eine Reihe von Radioprogrammen entwickelt, die allen Campesinos die Probleme der Produktion, der Erziehung, Kultur, Gesundheit und ihre Beziehungen zueinander nahebringen sollen. Aber es ist nicht nur die Funktion des Radios, ein Kanal zu sein, durch welchen diese Probleme verbreitet werden, sondern auch gleichzeitig die Antworten und Vorstellungen der Campesinos zu sammeln. Dafür braucht man ein zentral ausgearbeitetes Programm mit einem schnellen Mechanismus der Erwidern und der Kommunikation mit den Campesinos.

Innerhalb des Radios bestehen zwei Tendenzen; einerseits die, die die traditionellen Strukturen des Radios verwendet und dabei neue Inhalte zur Sprache bringt; auf der anderen Seite, Formen und Strukturen zu suchen, die sich dem anpassen, der sich informieren will.

"Wir wissen daß die gesamte Entwicklung eines Landes sich nicht an der Information, und ihre Sammlung und ihr Gebrauch spielen eine entscheidende Rolle innerhalb der gesamten sozialen Struktur. Wir wissen auch, daß die Information Teil eines weiten Beziehungsnetzes ist, das von der Bildung bis zur Gesundheit und Kultur alles umfaßt. In diesem Blickwinkel spielt die gesamte "soziale Kommunikation", deren ein Teil das Radio ist, eine entscheidende Rolle.

Wir gehen von der Grundlage aus, daß die "Kommunikation" eine Beziehung haben muß zum Wertesystem unserer ganzen Gemeinde, daß die traditionellen Formen der Kommunikation von lebenswichtiger Bedeutung sind, weil man ohne sie keine Entwicklung vorantreiben kann. Dabei muß die Gemeinde ein aktiver Teilnehmer in dem Projekt sein.

Wie kann man bewirken, daß die Campesinos, die unser Programm empfangen, teilnehmen im Kreis der Kommunikation?

Der Sender kann natürlich seine Hörer bitten, ihnen zu schreiben, aber der Analphabetismus, das Fehlen eines Postdienstes, das Fehlen der Vertrautheit (mit diesen Dingen) schließen diese Idee aus, um den Kreis der Kommunikation zuzuschließen. Wir können nur diese gigantische Mauer einreißen mit einem ländlichen Netz der Radioübertragung.

Unsere Brüder Campesinos sollen den Kreis des Schweigens, der sie umgibt, einreißen."

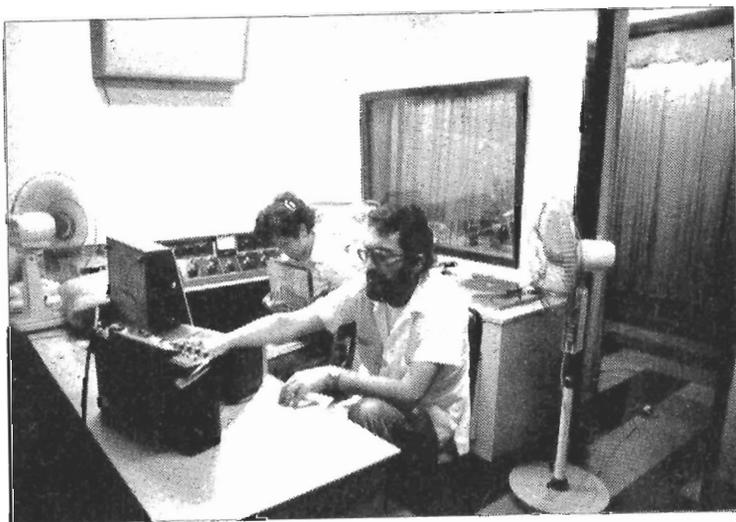
Das sind die Worte des Arbeitspapiers des Radiosenders (aus dem zum Teil auch andere Informationen entnommen sind).

Wie soll nun konkret die Beteiligung der Campesinos an der Programmgestaltung aussehen?

Struktur: freiwillige Korrespondenten

Um dieses Projekt entwickeln zu können, verfügt man im ganzen Departament über ein Netz von freiwilligen Korrespondenten, die sich aus den CEP (Erwachsenenbildungskollektiven) rekrutieren. In den 200 Gemeinden des Departaments existiert diese Bildungsstruktur. Wenn man sich vor Augen hält, daß diese Struktur auch für den Gesundheitsbereich, Midinra (Institut zur Agrarreform), Banco de Desarrollo (Bank, die Kredite zur Entwicklung der Landwirtschaft vergibt) etc. angewendet wird, kann man sich vorstellen, daß eine Unterstützungsbasis vorhanden ist, um dieses Projekt voranzutreiben.

Die Form der Programmgestaltung soll wie ein "radiales Forum" gemacht werden. Mit dem technischen Personal werden die Programme ausgewertet, die vorher an alle CEP verbreitet werden sollen. Sie hören die Nachricht durch ihr jeweiliges Radio, machen ein Forum der analytischen Diskussion und besprechen die Probleme mit ihren jeweiligen Koordinatoren. Dieses Forum soll aufgenommen werden, mit allen "Reichtümern", die von den Campesinos herangezogen und durch das Radio übertragen werden. Der "kommunikative Kreis" wird also geschlossen, indem die Programmation im Einverständnis und der Unterstützung der CEP verbessert werden kann.



Der Senderraum der Radiostation in San Carlos

Zusammenfassend zitiere ich noch einmal aus dem Arbeitspapier die Ziele des Projekts:

Ziele des Projekts

- "Schaffung eines Radioubertragungsnetzes im ländlichen Bereich, um
- beizutragen an der Formung des neuen nicaraguanischen Mitbürgers, was das Land jetzt fordert, um den Fortschritt des tiefgreifenden politischen, ökonomischen und sozialen Transformationsprozesses, den die Revolution vorantreibt, zu sichern.
- eine neue Informationsweise frei von Sensationsmeldungen und Werbung zu entwickeln.
- eine fundamentale Stärkung der Erwachsenenbildung zu schaffen.
- den Gesundheitsbereich, die Entwicklung der Gemeinde, die landwirtschaftliche Weiterentwicklung usw. zu unterstützen."

Die Bewältigung der vielfältigen Probleme eines unterentwickelten Raumes v.a. im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie der Aufbau einer politischen Organisationsstruktur können durch ein derartiges Radioprojekt durchaus geleistet werden. Der größte Vorteil dieses Projektes liegt an seiner Struktur selbst, nämlich an der Beteiligung und direkten Einflußnahme der Campesinos. Für die Förderung des Demokratisierungsprozesses ist es von unschätzbarem Wert, wenn sie die Inhalte, die für sie wichtig sind, einbringen können. Und es geht dabei nicht allein um den Inhalt, sondern auch um die Form: Denn diese einfachen Campesinos, die immer in Unwissenheit gehalten wurden, haben die Möglichkeit, sich in ihrer eigenen Sprache auszudrücken; sie werden nicht mehr in ihre Schranken verwiesen, weil sie die Kunstsprache der Gebildeten nicht beherrschen. Sie brauchen nicht einmal das Schreiben zu beherrschen, um ihre Meinung oder ihr Anliegen kundzutun. Hier wird das praktiziert, was Paulo Freire einmal "dem Volk das Wort geben" genannt hat. Es wird gebrochen mit der "Kultur des Schweigens", in der die Sprache des Volkes abqualifiziert wird und somit Sprache als Herrschaftsmittel fungiert.

Dieses Projekt ist ein Beispiel dafür, wie Revolution in Nicaragua aussehen kann. Und es ist ein durchaus unterstützenswertes Projekt, das langfristig basisdemokratische Formen entwickelt.

Um nun diese Ideen verwirklichen zu können, muß noch einiges an technischer Ausrüstung angeschafft werden. Es existiert zwar schon eine zentrale Sendestation in San Carlos, die jedoch zu schwach ist. Man benötigt eine mit einer doppelten Leistung, um auch die Teile der nicaraguanischen Bevölkerung zu erreichen, die auf costaricanischem Gebiet leben. Außerdem gibt es ein mobiles Sendegerät, mit dem man in die Dörfer fahren und Lifesendungen machen kann. Doch ist das unter den schlechten Verkehrsbedingungen ein sehr umständliches Unterfangen. Vor kurzem ist eine Anzahl von handlichen Kassettenrecordern gekauft worden, die den Campesinos wenigstens ermöglichen, besprochene Kassetten an den Sender zu schicken.

Das Vorhaben der Verantwortlichen ist aber, kleinere Sendestatio-

nen in den Dörfern zu errichten, die Wechselsprachverkehr ermöglichen, und zwar für eine Verbindung mit der Zentrale und für eine Zwischenkommunikation untereinander. Die Campesinos sollen ihre Sendungen selber machen können. Außerdem sollen Erwachsenenbildungs- und Schulungsprogramme über das Radio laufen, was gerade bei den großen Entfernungen zwischen den einzelnen Siedlungen und der schlechten Verkehrsinfrastruktur von Bedeutung ist.

Dazu benötigt man eine Menge Geld. Die niederländische Solidaritätsbewegung hat mit Hilfe der Amsterdamer Universität schon dazu beigetragen, daß eine Grundausstattung angeschafft werden konnte. Doch das reicht eben längst nicht aus.

Wer dieses Projekt unterstützenswert findet überweise bitte Geld auf folgendes Konto:

Spendenkonto "Radioprojekt"
Evelyne Höhme
PSA Berlin West
Nr. 101 71 - 109
Bankleitzahl 10010010



Der geheime Krieg kocht über - oder wie eine Schweinebucht vorbereitet wird

Der geheime Krieg gegen Nicaragua erreicht eine neue Eskalationsstufe. Durch die Veröffentlichungen in NEWS WEEK und TIME über die Verstärkung der Aktivitäten des CIA, seiner engen Verflechtung mit den von Honduras aus operierenden Kontras und ihrer militärischen und logistischen Unterstützung, konnte nun auch die bürgerliche Presse nicht umhin, ausführlich über den Konflikt zu berichten. Einer großen Öffentlichkeit wird hier wieder einmal deutlich gemacht, welche Mittel der US-Imperialismus einsetzt, um seinen Hegemonialanspruch im "Hinterhof" durchzusetzen.

All diese Berichte blieben von Seiten der Administration Reagan unwiderrprochen. Die Kriegsvorbereitung geht in eine offene Phase. der CIA zieht dabei alle Register seiner "schmutzigen Tricks", wie sie aus seiner Geschichte jedem von uns hinlänglich bekannt sind. So zeigen sich Parallelen zur CIA-Intervention in Guatemala 1954. Auch hier wurde schon in der Vorbereitungsphase der Intervention durch Organisation von Gegenbewegungen, Errichtung von Stützpunkten in den Nachbarländern und einer entsprechenden internationalen antikommunistischen Propagandaaktion, eine Strategie des CIA verfolgt, die das offene Eingreifen von US-Militärs vermeiden sollte (s. z. LN 107, Okt. 82). Es wurden in den Nachbarländern von CIA bezahlte Söldner angeworben. Die Angriffe gingen auch damals im Wesentlichen von Honduras aus.

Auch in der Aggression gegen Nicaragua geht der CIA in Etappen vor. Dabei steht die forcierte Aufrüstung von Honduras, der Ausbau von Luftlandebasen, die Einrichtung von Ausbildungslagern für salvadorianische Militärs, die Errichtung einer Radarstation an der Grenze zu Nicaragua auch im Zusammenhang mit den Mißerfolgen in El Salvador. Durch die erfolgreiche Strategie der FMLN gegen die salvadorianischen Militärs entwickelt sich El Salvador für die Administration Reagan immer mehr zu einem "Fuß ohne Boden", ohne daß dem Kongreß Erfolge zur Bewilligung weiterer Gelder vorgewiesen werden können.

Dagegen scheint der CIA Fortschritte bei der Einigung der anti-sandinistischen Kräfte erzielt zu haben. Nach Berichten der TIME(1) ist der CIA mehr oder weniger direkt beteiligt an den Aktionen der Kontras, die sich in Honduras inzwischen einheitlich in der FDN (Demokratische Nicaraguanische Front) formieren.

Die militärischen Aktivitäten der Kontras, die mit modernster Bewaffnung aus Nordamerika ausgerüstet sind, werden von drei "Generalstäben" koordiniert. Dem ersten gehören ausschließlich frühere Offiziere der Nationalgarde Somozas an, im zweiten sind honduranische Militärs, ein argentinischer Verbindungsmann, sowie der führende Militärattaché Somozas in Washington, Enrique Bermudez Varela, im dritten Teilstab betätigen sich dann ausschließlich CIA-Experten und Militärs vom US-Southern Command in Panama. Die eigentliche Planung der militärischen Aktionen geschieht in dieser dritten Gruppe. Für die Gesamtkoordination ist niemand anders zuständig als der US-Botschafter in Honduras, John Negroponce(2).

(1) TIME No. 14, 4. April 83

(2) SPIEGEL 45/82 , ausführlich dazu in LN 109/110 Dez. 82

Eine offene Intervention von anti-sandinistischen Kräften von Costa Rica aus ist durch eine Spaltung innerhalb der ARDE (Revolutionäre Demokratische Allianz) zur Zeit wenig wahrscheinlich.

Fernando Chamorro hat nach seinem Austritt aus der Koalition ARDE seinen Anschluß an die FDN angekündigt. Er hatte sich über die zuwenig militante Position Pastoras beklagt(3). Die Haltung Pastoras bleibt weiterhin schwankend, so hat er zwar den militärischen Kampf gegen die Sandinisten proklamiert und ist deshalb auch wieder einmal aus Costa Rica ausgewiesen worden, doch scheint ihm die Zeit dafür noch nicht reif.

Die "Generalstäbe" der FDN sind an einen baldigen Anschluß Pastoras und seiner Leute interessiert, um eine zweite Interventionsfront vom Süden gegen Nicaragua zu eröffnen. Zudem erhoffen sich die Kontras eine Aufbesserung ihres politischen Images in der nicaraguanischen Bevölkerung, sicherlich eine Überschätzung der Bedeutung Pastoras.

Nach allen aus Managua kommenden Meldungen hat das Sandinistische Heer die in das Landesinnere eingedrungenen Kontras unter Kontrolle, die allerdings durch ihre Guerillataktik, wie z.B. das gleichzeitige Angreifen an mehreren Orten, das Sandinistische Heer in Atem halten. Durch logistische Unterstützung von US- Aufklärungsflugzeugen und Nachrichtenverbindungen zu ihren Basen in Honduras verfügen die Kontras über Möglichkeiten, sich den Angriffen des Sandinistischen Heeres und der Milizen zu entziehen. Aus den Somozisten-Banden, die zu Anfang ziellos mordend im Norden Nicaraguas einfielen, sind inzwischen regelrechte militärische Truppen geworden, die unter einer einheitlichen Befehlsstruktur, kontrolliert durch den CIA, operieren.

Unterstützung der Kontras durch Campesinos ?

Zumindest nach Aussagen der Reporter von NEWSWEEK und WASHINGTON POST, die als erste die Kontras bei ihren Streifzügen in Nicaragua in der Grenzregion Nueva Segovia begleitet haben, werden die Kontras teilweise von der Bevölkerung, zumeist Kleinbauern, unterstützt. Sie verkaufen ihnen Lebensmittel und geben ihnen Hinweise auf die Bewegung der sandinistischen Truppen. Viele der Kontras stammen aus dieser Gegend und haben dort auch noch Familienangehörige. Die Propaganda der Kontra, unterstützt durch den Radiosender " 15. September ", ist hier oft erfolgreicher, als die Revolution mit ihrer Agrarreform, die schon dann manchen Campesino zum "Anti-Sandinisten" macht, wenn er verpflichtet wird, seine Ernte an die staatliche Handelsgesellschaft zu verkaufen (4). Wie weit die Unterstützung der Kontras ins Landesinnere reicht, darüber kann zur Zeit nur spekuliert werden.

Gefahr des Krieges zwischen Nicaragua und Honduras

Offensichtlich hat die Administration Reagan nichts dagegen, wenn alle Welt erfährt, wie sie den Sturz der Sandinisten in Nicaragua vorberaiten. So aggressiv wie sich hier der US-Imperialismus gebärdet, so ausföhrlich wie darüber in fast allen Medien berichtet wird, so wenig ist von einem internationalen Protest in den Medien, speziell den BRD-Medien, zu spüren.

Die Unterstützung und Steuerung der Kontras, die Aufrüstung des honduranischen Militärs, ein CIA-Mann und US-Botschafter wie Negroponte, der Drahtzieher im Hintergrund mit enger Verbindung zum Streikkräftechef General Gustavo Adolfo Alvarez, dem zweitmächtigsten Mann in Honduras neben Negroponte, sind allerdings nur ein Vorgeschmack auf das, was noch kommen wird.

(3) taz 31.3.83

(4) taz 28.3.83 u. NEWSWEEK/April 11,83

In offiziellen Stellungnahmen erklären die Nicaraguaner, daß sie die Lage militärisch unter Kontrolle haben.

Also bräuchte man sich zur Zeit keine allzu großen Sorgen machen? Weder ist es den Kontras bisher gelungen, größere Ortschaften einzunehmen, noch ein "befreites Gebiet" zu errichten.

Im langfristigen Destabilisierungsplan des CIA ist die nächste Ebene der offene militärische Konflikt zwischen Honduras und Nicaragua. Die Sandinisten haben sich auf eine langfristige Auseinandersetzung mit der Kontras eingestellt, zumindest solange wie diese ungehindert von ihren Basen in Honduras aus immer wieder eindringen können. Die Sandinisten vermeiden jede mögliche Grenzüberschreitung nach Honduras, um dem honduranischen Militär keinen Vorwand zum Eingreifen zu geben. Das honduranische Militär ist bereits in Alarmbereitschaft versetzt und hat sich in letzter Zeit mehrfach an Grenzverletzungen beteiligt.

Vorstoss im Sicherheitsrat der UNO

In einer von den Nicaraguanern beantragten Dringlichkeitssitzung im UN- Sicherheitsrat warf Nicaraguas stellvertretender Außenminister Victor Hugo Tinoco Washington die Verantwortung für die militärischen Spannungen zwischen Nicaragua und Honduras vor. Unterstützt wurden sie dabei vor allem von Panama und Mexiko, während US- Verbündeten wie Spanien, Italien und die Niederlande sich weitgehend zurückhielten. Die Nicaraguaner betonten wiederholt ihre Bereitschaft zu bilateralen Verhandlungen mit der Regierung von Honduras. Wie weit allerdings die Administration Reagan dazu bereit ist, es zu Verhandlungen zwischen der Marionettenregierung von Honduras und der Regierung von Nicaragua kommen zu lassen, bleibt abzuwarten.

In der Stellungnahme des BRD-UND Botschafters van Well in der Sicherheitsdebatte über Nicaragua am 29. März wird die Bonner Wende nur allzu deutlich. Van Well erklärte vor dem Sicherheitsrat, die Spannungen in Mittelamerika würden sich verringern, sobald sich Nicaragua durch eine Politik der guten Nachbarschaft, des Nichteinmischens, sowie der Respektierung der Menschenrechte und der demokratischen Einrichtungen Glaubwürdigkeit verschaffe (5). Ein Kommentar erübrigt sich da. Leider fällt angesichts der massiven äußeren Bedrohung Nicaraguas auch dem außenpolitischen Sprecher der SPD Wischniewski auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Portugal nichts besseres ein, als zu fordern, Nicaragua solle seine Freunde besser in die Lage versetzen, weiterhin für seine Unterstützung zu plädieren: politischer Pluralismus bei gemischter Wirtschaftsform sowie Blockfreiheit müßten als fortdauernd gültige Ziele deutlicher herausgestellt werden(6). Kein Wort darüber, daß gerade die fortschreitende US-Aggression und wirtschaftliche Isolierung solche Entwicklungen zu verhindern sucht.

Über die weitere Entwicklung läßt sich hier nur spekulieren. Durch Verschärfung der Wirtschaftssituation, trotz Steigerung der Produktion müssen inzwischen fast 80% der Exporterlöse infolge fallender Weltmarktpreise für die internationalen Zahlungsverpflichtungen aufgebracht werden. Da von Seiten anderer lateinamerikanischer Staaten kaum mehr als Unterstützung auf diplomatischer Ebene zu erwarten ist, wird Nicaragua gezwungen sein, sich noch intensiver Kuba und den Ostblockstaaten zuzuwenden, um Wirtschaftshilfe und im Fall eines Krieges mit Honduras auch weitere militärische Ausrüstung zu erhalten.

So wie die Sicherheitspolitik der USA mit der geplanten Stationierung der Pershing II in Europa ein atomares Holocaust ins Kalkül, so setzt sie ihre angeblichen Sicherheitsinteressen in Nicaragua bereits heute schon auf einer anderen Ebene mit militärischen Mitteln durch. Es gilt auch in unserem eigenen Interesse, Nicaragua solidarisch zu unterstützen.

(5) FR 31.3.83

(6) FAZ 9.4.83



„Das Volk wird antworten auf die Taten der Schweine.“

Original von Dieter Masuhr

**EL PUEBLO
CONTESTARA
CON ACTOS
A LOS
CHANCHOS
QUE HAGAN
PACTOS.
FSLN**

EL SALVADOR

Marinella und Ana-Maria Presente

Am 13. März 1983 wurde die Mitbegründerin der Menschenrechtskommission von El Salvador Marianella Garcia Villas von Einheiten der Elitetruppe Atlacatl ermordet, deren Angehörige in den USA ausgebildet werden. Als ihr Leichnam geborgen wurde, konnte man eindeutig feststellen, dass sie vor der Ermordung schwer gefoltert worden waren.

Die 34 jährige Juristin hatte sich seit der Gründung der Kommission im Jahre 1978 unermüdlich dafür eingesetzt, der Weltöffentlichkeit die Verletzungen der Menschenrechte bekanntzugeben, wie sie Tag für Tag begangen werden. Mehrere ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bereits vor ihr ermordet worden. Die Arbeit der Menschenrechtskommission war der Diktatur immer ein besonderes Ärgernis, gelang es ihr doch durch ihre überzeugende und solide Information auch Glaubwürdigkeit in Kreisen zu erreichen, die der Opposition des Landes eher skeptisch und distanziert gegenüberstanden.

Als Vizepräsidentin der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte, einer Organisation, die die UNO berät, war Marianella in jüngster Zeit dabei, Informationsmaterial für die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf zusammenzustellen. Die Menschenrechtskommission von El Salvador hat eine Dokumentation erstellt aus der hervorgeht, dass zwischen dem 15. Oktober 1979 und dem Monat Dezember 1982 insgesamt 43.337 Menschen ermordet, 700 gefangen und über 3.200 verschleppt worden sind.

In Spanien, Holland und Schweden wurde die Arbeit von Marianella Garcia Villas öffentlich gewürdigt, sie ist bereits drei Mal für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden.

Es ist ganz offensichtlich, dass sie gezielt ermordet worden ist. Der Versuch der Armeeführung, aus der Toten eine Kommandantin der FMLN zu machen, die bei einem Gefecht gefallen ist, war zu plump, um von irgendjemandem geglaubt zu werden. Die Menschenrechtskommission von El Salvador hat mit der ihr eigenen Exaktheit nachgewiesen, dass die Ermordete dabei war, eine Gruppe von 21 Bauern nach einem Luftangriff in ein Flüchtlingslager nach Suchitoto zu begleiten. Auch die Bauern sind allesamt ermordet worden.

Marianella war auch in der Bundesrepublik bekannt. Sie berichtete auf Veranstaltungen und Diskussionsabenden über die Situation in ihrer Heimat. Viele von uns erinnern sich sehr gut an sie. Wir stehen hilflos und tatenlos da. Marianella gehörte nach ihrem Austritt aus der Christ-Demokratischen Partei vor einigen Jahren keiner politischen Gruppe mehr an, sie wollte nur auf der Ebene der Menschenrechte tätig sein. Ihre Feinde haben derartige Unterschiede noch nie respektiert.



Marianella

Ana Maria

In der Nacht vom 5. zum 6. April wurde in Managua die Guerillakommandantin Ana-Maria auf grausame Weise ermordet. Sie war Mitglied des Generalstabs der salvadorischen Befreiungsarmee und eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Guerillaorganisation FPL, welche Mitglied der FMLN ist. Der Bericht über die Ermordung klingt grauenvoll:

"Die Autopsie der Leiche ergab, dass die Kommandantin Ana-Maria mit einem Bettuch geknebelt und ihr rechter Arm so weit nach hinten gedreht wurde, dass er brach. Über den ganzen Körper verteilt, wurden ihr mit einem Eispickel Stichwunden beigebracht, die zwar zu einem grossen Blutverlust, aber nicht zum Tod der Ermordeten führten. Erst danach wurden ihr mit einem Messer die Halsschlagader und die Kehle durchschnitten. Offensichtlich sollte damit eine Affekthandlung vorgetäuscht werden." (Auszug aus einer Pressemitteilung)

Melida Anaya Montes, 54 Jahre, Lehrerin von Beruf, ging 1980 nach überstandener Verhaftung und Folter in den Untergrund und wurde "Comandante Ana-Maria". Sie hatte viele Jahre lang die Lehrgewerkschaft ANDES aufgebaut und geleitet.

Zur Zeit ihrer Ermordung war sie in Managua dabei, politische Kontakte und Verbindungen herzustellen. Es liegt nahe anzunehmen, dass sie ein Opfer des CIA geworden ist, auch der Innenminister von Nicaragua Tomas Borge hat anlässlich einer Trauerrede auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Wenn man überhaupt noch meint, bei Mordtaten, die der CIA begeht, nach Motiven fragen zu müssen, so liegt im Falle der Comandante Ana-Maria die Erklärung auf der Hand, dass durch diese Tat bewiesen werden sollte, dass die FMLN ihre Kommandozentrale in Nicaragua hat. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges in El Salvador wird ja von den USA behauptet, die dortige Guerilla werde von den Sandinisten aufgebaut und ausgehalten. Gerade in der Zeit der wachsenden Bedrohung wiegt jeder "Beweis" doppelt, der die "Berechtigung" solcher Vorwürfe führt. Man kann den Mord auch für eine Propaganda

benützen, die bei Teilen der verunsicherten Bevölkerung offene Ohren findet und darauf zielt, den Leuten zu sagen, dass die Sandinisten ausländische Kriege finanzieren, anstatt die eigenen Landsleute zu schützen. Die FMLN hat kurz nach dem Tod von Ana Maria bekanntgegeben, dass sie ihn mit einer Reihe von offensiven Aktionen beantworten will, die ihren Namen tragen sollen.



Ana-Maria

unser Gedenken

Es ist fast anzunehmen, dass die meisten Leserinnen und Leser der obigen Zeilen soweit bereits informiert sind und gerne mehr und ausführlichere Berichte über die Toten hätten.

Es dürfte eine sehr schwierige und langwierige Aufgabe sein, solche zu beschaffen. Von beiden Frauen ist bekannt, dass für sie die Sache im Vordergrund gestanden hat, der sie dienten und nicht die Person oder das biografische Detail. Wahrscheinlich hätten sie nur für eine Totenehrung plädiert, die ihre Sache zum Thema hat.

Sicher gehen wir in der Annahme richtig, dass beide sich strikt dagegen verhalten hätten, als Frauen besonders geehrt zu werden. Wir wollen es dennoch tun.

Marianella und Ana-Maria gehören zu den wenigen Frauen, deren Beitrag zur Geschichte der Menschheit bekanntgeworden ist, denn diese wird auch in der Guerilla hauptsächlich von Männern gemacht. Wir wollen nicht darüber spekulieren, wie schwer es für sie war, als Frauen diesen Weg zu gehen. Wir respektieren, dass sie und ihre Genossinnen diese Frage für falsch und europäisch halten. Es geht ihnen nie um ihre doppelte Unterdrückung, sie sehen in den Genossen zuallererst den Verbündeten gegen den Feind.

Wir wollen, dass diese beiden Heldinnen nicht vergessen werden.

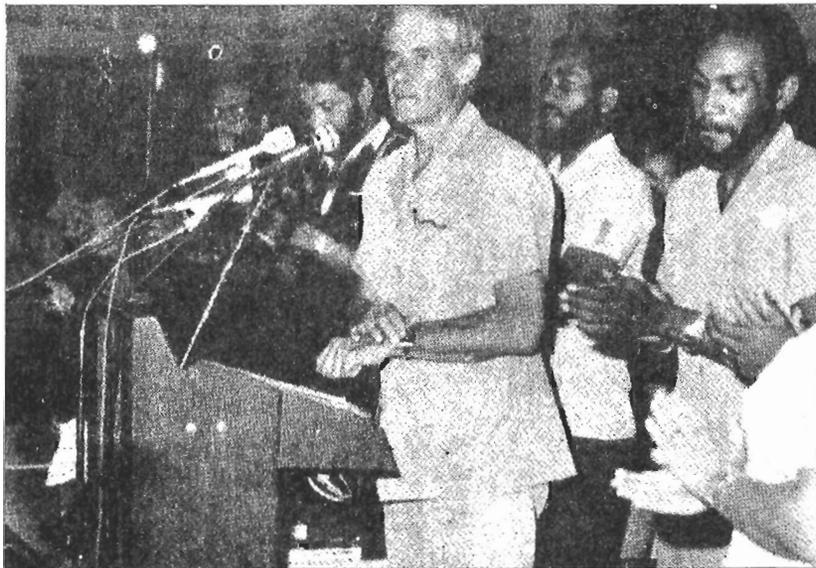
GRENADA

Die kleine Karibikinsel als große Bedrohung der USA?

4 Jahre revolutionäre Entwicklung

Grenada hat seit der Revolution 1979 als eines der wenigen Länder der Welt wirtschaftliches Realwachstum. Strukturen der Basisdemokratie entstehen, starke Massenorganisationen entwickeln sich. Die USA versuchen permanent Grenada auf allen Ebenen zu verleumden und ökonomisch und politisch zu destabilisieren.

Nach vier Jahren Revolution in Grenada kann die PRG ('People's Revolutionary Government') recht beachtliche Erfolge verzeichnen. 1979, als der Diktator Gairy vom 'New Jewel Movement' (JEWEL= Joint Endavour for Welfare, Education and Liberation - gemeinsame Anstrengung für Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung) zusammen mit dem Großteil der Bevölkerung gestürzt wurde, übernahm die PRG eine "schlimme ökonomische Situation" (Weltbank).



Michael Manley mit Mitgliedern der PRG im Marryshow Haus

Michael Manley, Ex-Premierminister von Jamaika, stellte im Febr.'83 in St. George's sein Buch 'Jamaica - Struggle in the Periphery' vor. Er sprach im Marryshow Haus, dessen historische Bedeutung er unterstreicht. T.A. Marryshow war ein grenadinischer Journalist und Politiker, der gegen Rassendiskriminierung kämpfte und schon in den 20er Jahren für seine Vision der karibischen Unabhängigkeit lautstark auftrat. Vor allem auf zwei Dinge wies Manley hin, die seiner Ansicht nach "heutzutage Grenada internationale Anerkennung verschaffen."

Zum einen ist das die Beteiligung der grenadinischen Massen am Entscheidungsprozess und deren Organisation, zum anderen die Ernsthaftigkeit und Hingabe, mit der die PRG die politische und allgemeine Bildung des Volkes zu heben versucht. Ausdruck dieses Bemühens ist, daß 1983 zum Jahr für politische und akademische Erziehung erklärt wurde.

Am 24.2.83 legte Finanzminister Bernard Coard auf einer Veranstaltung vor über 1000 Delegierten einen Rechenschaftsbericht vor und stellte gleichzeitig den Haushaltsentwurf für 1983 dar. 1982 wurde in Grenada zum ersten Mal öffentlich auf Massenveranstaltungen und auf 'Parish' und 'Zone Concils' der Staatshaushalt diskutiert. Ein Jahr später konnte B. Coard mitteilen, daß Grenada 1982 ein Realwachstum von 5,5% hatte. Seit 1979 hat Grenada jedes Jahr reales Wachstum zu verzeichnen. Der Weltbankbericht zu Grenada führt hierzu aus: "Grenada war eines der sehr wenigen Länder in der westlichen Hemisphäre, das auch 1981 fortfuhr, ein Realwachstum zu erwirtschaften." Dies ist umso beachtenswerter, weil die Weltmarktpreise für Grenadas traditionelle Exportgüter Bananen, Muskatnuß und Kakao permanent gefallen sind. 1982 garantierte die Sowjetunion für die nächsten fünf Jahre Grenada die Abnahme von Muskatnuß und Kakao zu festgelegten Preisen, was für Reagan willkommener Anlaß war, am 10. März 83 Grenada zur Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA zu erklären. Er sagte: "Nicht Muskatnuß steht in der Karibik und in Mittelamerika auf dem Spiel, es ist die nationale Sicherheit der USA."

Wirtschaft in Grenada

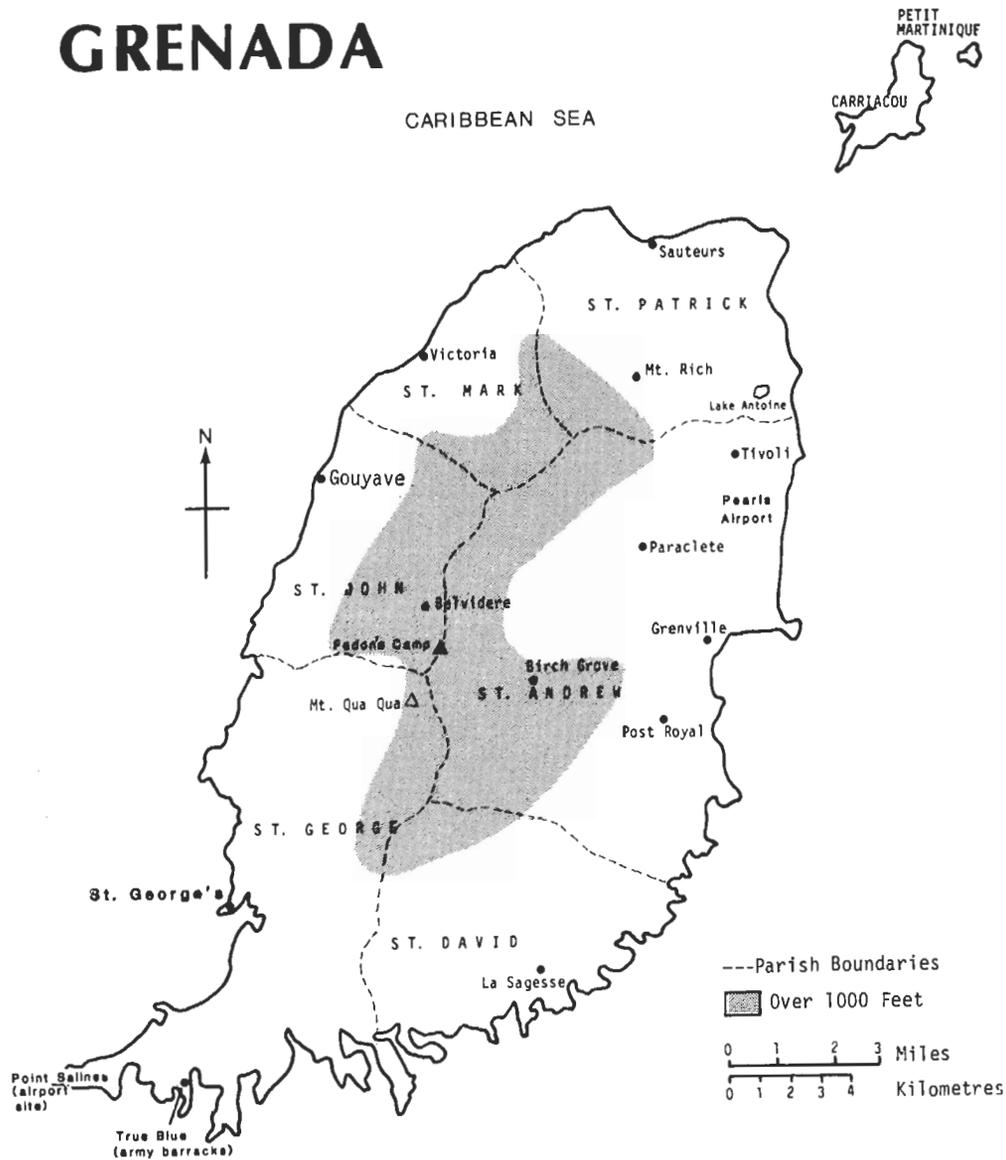
Grenadas Wirtschaft ist eine gemischte Ökonomie, die sich aus drei Sektoren zusammensetzt. Dem staatlichen Sektor, der vor allem in den Investitionen führend ist, den neu entstehenden Kooperativen, die mit Darlehen und Hilfe des Staates vor allem im landwirtschaftlichen und handwerklichen Bereich aktiv werden, wo sich hauptsächlich Jugendliche und Frauen hervortun, und dem Privatkapital, das hauptsächlich im Handel aktiv ist und satte Profite einheimst. So verkündete ein Unternehmen (Hubbard), daß 1982 das beste Geschäftsjahr seit Bestehen war mit einem Nettogewinn von 1.6 Mio. Dollar.

Der ökonomische Aufschwung ist vor allem auf die immense Bautätigkeit zurückzuführen, die sich seit 1979 entfaltet. Besonders der Bau des internationalen Flughafens - Vorwand der US-Agression auf allen Ebenen - der Straßen- und Feldwegebau und das

* Versammlungen in verschiedenen Verwaltungseinheiten

GRENADA

CARIBBEAN SEA



Häuserbauprogramm. Zweiter wichtiger Faktor ist die Landwirtschaft und vor allem die Entwicklung der Agro-Industrie, wo zum ersten Mal in Grenadas Geschichte Rohprodukte weiterverarbeitet werden. Während Grenadas Landwirtschaft bis 1979 fast ausschließlich Bananen, Muskatnuß und Kakao anbaut, die 93% seines Exports ausmachten, betrug der Export dieser Güter 1982 nur noch 63,4%. Machte der Exportanteil nichttraditioneller Güter 1979 nur 7% aus, so erhöhte er sich 1982 auf 36,6%. Jedoch steht immer noch ein Exportvolumen von 50 Mio. EC-Dollar (1 EC-Dollar = 0,90 DM) ein Import von 150 Mio. EC-Dollar gegenüber. Der Lebensmittelanteil 1979 der Importe, der 30,6% betrug, reduzierte sich 1982 langsam auf 27,5%. Dies ist auf die Diversifizierung der Landwirtschaft zurückzuführen, wo jetzt eine größere Palette verschiedener Früchte, Gemüse und Obst angebaut wird, die teilweise im Land selbst weiterverarbeitet werden. So entstand eine Kaffeerösterei, eine Fabrik zur Produktion von Säften und Marmeladen und viele andere kleine Fabriken. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich von 49% im Jahre 1979 auf 13% im Jahre 1982. Dieser Aufschwung geht Hand in Hand mit dem Einbeziehen des grenadinischen Volkes in die Entwicklung und die Entscheidungsprozesse des Landes.

Demokratische Strukturen in Grenada

Seit 1979 entwickeln sich in Grenada Strukturen "der Beteiligung des Volkes an den Entscheidungen". Sehr ausgiebig und kritisch wurde der Rechenschaftsbericht über die ökonomische Situation 1982 und den Entwurf für 1983 diskutiert - über fast vier Wochen von der Vorstellung am 24.2. bis zur endgültigen Verabschiedung am 17.3.83 - mit einer Beteiligung von ca. 20 000 Grenadiner (über ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung).



liberation News Service

Grenada besteht insgesamt aus 7 Parishes (Bezirke), die wiederum in verschiedene Zonen unterteilt sind. Die Zonen setzen sich aus 2 bis 9 Dörfern je nach Größe zusammen. Jeden Monat finden die 'zonal' und 'Parish Concils' statt; diese Versammlungen sind für jeden Einwohner der betreffenden Gegend offen. Die Massenorganisationen der betreffenden Dörfer, z.B. Gewerkschaften, Jugendorganisation (NYO), Frauenorganisation (NWO) senden

je einen Delegierten in das 'zonal Committee'. Aufgabe der Komitees ist, die Councils vorzubereiten und die verantwortlichen Minister und Technokraten für die anstehenden Probleme einzuladen, dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse und Entscheidungen in die Tat umgesetzt werden bzw. an die nächst höhere Ebene weiterzuleiten. Der/die Vorsitzende ist Delegierte(r) des 'Parish Coordinating Body', der die 'Parish Concils' vorbereitet. Die 'Parish Concils' haben den gleichen Aufbau und die gleiche Struktur wie die 'zonal Concils', beziehen sich jedoch auf einen ganzen Bezirk. Behandelt werden auf den Councils meist brennende Alltagsprobleme der entsprechenden Dörfer bzw. Bezirke: schlechte Wasser- und Stromversorgung, Errichtung von Krankenstationen, Ausbau des Straßennetzes oder der Bau von Gemeinschaftszentren. Auf den Parish Councils wird z.B. gemeinsam der sinnvollste Ort für eine Krankenstation vereinbart. Formalisierte Voten wie Abstimmungen sind recht selten. Auch Probleme von nationaler Bedeutung werden diskutiert. Vor allem die 'National Women Organisation' benutzt diese Foren, um die Situation der Frauen entschieden zu verbessern. So erreichten sie bisher gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und bezahlten Schwangerschaftsurlaub. Zur Zeit werden von der NWO eingebrachte Gesetzesentwürfe zur Unterhaltspflicht der Männer für Kinder und die Gleichstellung von unehelichen Kindern diskutiert. In Grenada schon eine makabre Situation, wo über die Hälfte der Kinder unehelich ist.

Die PRG benutzt die Councils auch, um politisches Bewußtsein in der Bevölkerung zu entwickeln und als Transmissionsriemen zur Erläuterung und Erklärung der Richtlinien und Grundlagen der grenadinischen Politik, die noch exklusiv im ZK und Politbüro des NJM formuliert werden. Die Mehrheit der Bevölkerung ist z.Z. sicherlich nicht in der Lage, all diese komplexen und komplizierten Zusammenhänge zu diskutieren und in Handlungsanweisungen umzusetzen. Inwieweit sie jedoch in den nächsten Jahren auch zur Festlegung von Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik beteiligt sein wird, ist sicherlich ein wichtiger Gradmesser für die beachtliche Institutionalisierung von "Basisdemokratie", die sich nach Darlegung des NJM im Augenblick in der Phase der "partizipatorischen Demokratie" befindet.

Jahr der politischen und akademischen Bildung

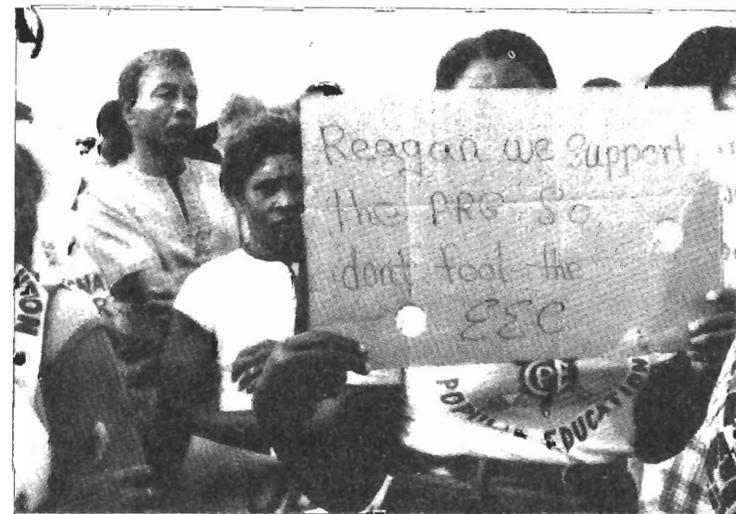
Um dieses Fernziel zu erreichen, ist sicherlich eine Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und des politischen Bewußtseins notwendig, weswegen das Jahr 1983 programmatisch zum Bildungsjahr erklärt wurde. Erwachsenenbildung wurde 1980 in Grenada eingeführt und vom 'Centre for Popular Education' (CPE) umgesetzt. Obwohl der Analphabetismus in Grenada nur etwa 10% beträgt, ist er gerade unter der ländlichen Bevölkerung häufig, und mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung verfügt nur über minimale Schreib- und Leseausbildung. Zum Abschluß der 1980 gestarteten CPE-Phase schrieben sich zwar 2738 Personen ein, jedoch nur 881 hielten auch durch. Die Fehler und Versäumnisse, die dazu führten, wurden intensiv und selbstkritisch analysiert und aufgearbeitet. Im Febr.83 wurde erneut mit dem CPE-Programm begonnen. Es haben sich 5010 Schüler eingeschrieben, die von 270 Lehrern in 44 Zentren unterrichtet werden. Nebeneinander finden jetzt sowohl Alphabetisierungskurse als auch weiterführende, vertiefende Kurse statt für Leute mit geringen Kenntnissen, die so ein dem Hauptschulabschluß ähnliches Zertifikat oder sogar einen Realschulabschluß erreichen können.

Zu diesem Zweck wurden spezifische Lehrbücher erarbeitet, die Lehrstoff aus Geschichte, Englisch, Mathematik, Geographie, Politik und Naturwissenschaften beinhalten.

Die kleine Karibikinsel bedroht die grosse USA

Grenada macht immense Anstrengungen, sowohl im ökonomischen Bereich als auch im Bildungssektor eine eigene, unabhängige Entwicklung zu gehen, um endlich nach 300 Jahren - Vernichtung der Ureinwohner, Ansiedlung von afrikanischen Sklaven, kolonialer und postkolonialer Ausbeutung - eine eigenständige karibische Identität zu entwickeln. Während das realsozialistische Lager Darlehen, Kredite und Technik liefert, die Kubaner mit ca. 250 Arbeitern, Technikern und Ärzten vor allem den Flughafenbau vorantreiben, hält sich der Westen vornehm zurück. Nur Kanada und Venezuela engagieren sich wirtschaftlich und politisch. Obwohl das NJW Mitglied in der Sozialistischen Internationale ist, beschränkt sich deren Unterstützung auf eine Handvoll Experten aus Frankreich. Die USA hingegen betreiben seit Beginn der Revolution im Jahre 1979 eine harte Obstruktionspolitik. Reagan scheut nicht davor zurück, diese winzige kleine Insel mit einer Fläche 344 qkm und ca. 110 000 Einwohnern als "Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA" zu erklären. So zeigte Reagan bei seiner interstellaren Aufrüstungsrede völlig undeutliche Satellitenphotos vom Flughafenbau, die belegen sollten,

, daß dort eine kubanisch-russische Militärbasis im Entstehen ist. Viel klarer und billiger hätte er die Photos von US-Medizinstudenten erhalten können, die in unmittelbarer Nachbarschaft in einem Studentenwohnheim leben. Für den Tourismus ist dieser Flughafen von lebenswichtiger Bedeutung. Nachbarinseln haben schon seit Jahren vergleichbare Flughäfen.



Die Washington Post berichtete am 27.2.83, daß die Reagan-Administration 'covert actions' gegen Grenada plante, von denen nichts Genaues zu erfahren sei. daß der CIA jedoch Pläne ent-

wickelte, "ökonomische Schwierigkeiten zu verursachen, in der Hoffnung, die politische Macht von M.Bishop so zu unterlaufen". Es sei hier nur an den Versuch von US-Diplomaten erinnert, im April 1981 zu verhindern, daß die EG ein lächerliches Darlehen von 6 Mio. Dollar gewährte (vgl. LN vom Mai 82).

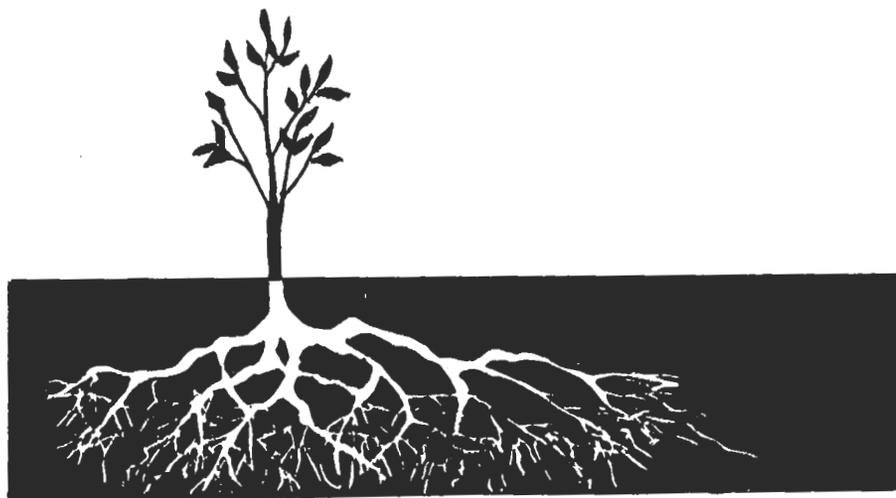
Ein Senior Member des 'Senate Intelligence Committee' sagte: "Wir können ein bißchen ökonomische Schwierigkeiten machen, ein bißchen Öffentlichkeitsarbeit und Hilfe für Exilgrenadiner, aber wir stürzen keine Regierung." Ein anderes Mitglied ist da viel offener: "Ja, da war eine Aktion, und wir dachten alle - einstimmig glaube ich - daß es eine kleine Insel ist, daß die Kubaner oder Kommunisten sie kontrollieren, also was soll's!" Ganz offen wird von ökonomischer und anderer "unspezifischer und ungewöhnlicher Destabilisierung" gesprochen, um die PRG zu diskreditieren.

Solidarität

Allen Destabilisierungskampagnen zum Trotz ist Grenadas Ökonomie blühend wie nie zuvor, die Bevölkerung ist in großem Umfang begeistert und beteiligt am Aufbau einer "not just another but a just society". Dies wurde auch am 14.3.83 bei der Eröffnung des Community Centres in St.Paul zum Ausdruck gebracht, wo über 1000 Bewohner der Gegend stolz darauf waren, Besitz von dem zu ergreifen, was sie in über zwei Jahren freiwillig an Wochenenden aufgebaut haben, wobei ihnen die Regierung die Materialien zur Verfügung stellte. Einrichtungsgegenstände für Küche, Bibliothek, dem Spielraum und der großen Versammlungshalle sind fast überhaupt noch nicht vorhanden.

Die westdeutschen Solidaritätsgruppen unterstützen dieses Projekt und die Frauenorganisation.

SPENDENKONTO: THOMAS POESE POSTSCHECKKAMT HAMBURG
KTO. 224090-201



HAITI

Jean-Paul II besucht Jean-Claude Duvalier

Kirche und Politik in Haiti

Was hat den Papst veranlaßt, Haiti auf seiner mittelamerikanischen Rundreise miteinzubeziehen? Die Situation der katholischen Kirche in Haiti und ihre Zusammenarbeit mit der Regierung Duvaliers sind international wenig bekannt. In Haiti, wie in allen lateinamerikanischen Ländern, zwingt die krasse Armut der Landbevölkerung die Kirche, aus ihrer Neutralität herauszukommen. Auch hier ist eine Teilung in die offizielle und progressive Kirche zu beobachten. Wie auch in Guatemala, breiten sich die amerikanischen protestantischen Sekten auf dem haitianischen Lande aus und bilden ein mächtiges Gegengewicht zur katholischen Kirche. In diesem Zusammenhang ist der Besuch des Papstes in Haiti zu sehen.

Der Besuch des Papstes ist in Haiti mit ganz besonderem Enthusiasmus aufgenommen worden. Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern, die der Papst während seiner mittelamerikanischen Rundreise besucht hat, wurden in Haiti alle nur erdenklichen Vorbereitungen getroffen, damit sein Besuch zu einem vollen Erfolg werde. Die Regierung in Port-au-Prince, im Bewußtsein der Bedeutung dieses Besuches für sein Image im eigenen Lande sowie auch im Ausland, hat keine Bemühung gescheut, um eine vollkommene Harmonie zwischen ihr und dem Vatikan zu demonstrieren. Um dem Vatikan gegenüber seinen guten Willen zu bezeugen, hat Jean-Claude Duvalier, Präsident auf Lebenszeit, sogar auf sein Recht, Bischöfe zu ernennen, verzichtet - ein Recht, das dem haitianischen Präsidenten seit der Unterzeichnung des Konkordats von 1860 zwischen Haiti und dem Vatikan zusteht.

Eine Woche vor Ankunft des Papstes war Port-au-Prince leergefegt von seinen Bettlern, Prostituierten und den Massen der Arbeitslosen, die sich dort täglich in der Hoffnung auf Arbeit einfanden. Die Elendsviertel der Hauptstadt, die den Weg vom Flughafen in die Innenstadt säumen, sind bei dieser Gelegenheit desinfiziert worden. Jean-Paul II hat sich jedoch nicht täuschen lassen durch dieses Manöver der haitianischen Regierung, das darauf zielte, dem Vertreter der katholischen Kirche ein gutes Bild ihres Landes zu vermitteln. In seiner auf dem internationalen Flughafen von Port-au-Prince gehaltenen Predigt hat der Papst für eine Demokratisierung des politischen Lebens plädiert und den Akzent gesetzt auf die im Lande herrschende schreiende Ungerechtigkeit, die Konzentration der Macht und der Besitztümer in den Händen einer kleinen Minderheit, während die große Mehrheit der

Haitianer in krasser Armut lebt. In seiner Ansprache zur Eröffnung der CELAM-Konferenz (CELAM = Rat des lateinamerikanischen Episkopats) hat er an die Notwendigkeit für die katholische Kirche erinnert, Berufungen zu erwecken und mehr Laien in ihre Reihen aufzunehmen. Außerdem hat er den Vaudou als eine Religion, die die Haitianer in der Sklaverei festhalte, verurteilt. Dies zeigt sehr wohl die Besorgnis des Vatikans angesichts der Schwierigkeiten der katholischen Kirche, sich der rapiden Zunahme von protestantischen Sekten und ihrem wachsenden Einfluß auf die Bevölkerung in Haiti - wie auch in Guatemala - entgegenzustellen. Indem er den Vaudou angreift, knüpft er wieder an den Paternalismus an, den die katholische Kirche dieser Religion gegenüber seit mehr als einem Jahrhundert bewiesen und der, in Zusammenarbeit mit der haitianischen Regierung, zu polizeilichen Verfolgungen der Anhänger des Vaudou geführt hat.

Wenn auch die Theologie der Befreiung die katholische Kirche in Haiti - wie bei der Mehrheit der vom Papst besuchten mittelamerikanischen Länder - nicht gespalten hat, so hat sie doch einen gewissen Anklang bei einer immer größer werdenden Schicht des Klerus gefunden. Weniger als ein Monat vor der Ankunft des Papstes verlangte der progressive Flügel der haitianischen Kirche die Befreiung eines ihrer Mitglieder, des Laienpriesters Gérard Duclerville, der wegen seiner scharfen Verurteilung der Misere der haitianischen Bevölkerung im Dezember 1982 verhaftet worden war. Diese Solidarität mit einem seiner Mitglieder zeugt von dem Willen des progressiven Flügels des Klerus, der Macht der Regierung über die Kirche entgegenzutreten und sich von der offiziellen Kirche zu distanzieren. Letzterer wird ihre Treue zur Regierung und ihr Beitrag zur Aufrechterhaltung des Systems vorgeworfen. In der Tat hält sie das Volk mit ihrer "frohen Botschaft" gefangen, in der dessen Armut und Ausbeutung kein Platz hat. Mehrmals schon hat sich die progressive Kirche gegen Korruption und Willkür der Regierung Duvaliers ausgesprochen. In den letzten Jahren hat sie sich stark beteiligt an dem von der Opposition geführten Kampf für eine Demokratisierung des politischen Lebens in Haiti. Im Dezember 1980, zur Zeit der Zerschlagung der demokratischen Opposition und Ausweisung von zahlreichen Journalisten, Schriftstellern, Gewerkschaftern und Politikern, hat die progressive Kirche die passive Haltung des Klerus kritisiert und von ihm gefordert, daß er offen für das Volk eintritt. Letztes Jahr opponierte sie gegen das Staudammprojekt am größten Fluß Haitis, Artibonite, das einige Fabriken in der Nähe der Hauptstadt mit Energie versorgen soll. Wenn dieses Projekt realisiert werden sollte, werden mehr als 60.000 Bauern ihr Land verlieren. Die Artibonite, Kornkammer des Landes, wird unweigerlich zu einer Trockenzone wie der Nordwesten Haitis, wo jedes Jahr die Bauern am Hunger sterben. Die progressive Kirche hat erst vor kurzem weiteren Widerstand geleistet, und zwar gegen den Plan zur Bekämpfung des Schweinefiebers in Haiti. Dieser sieht das Schlachten von 600.000 Schweinen, die den Bauern gehören, gegen eine minimale Entschädigung vor. Nicht weniger als drei Millionen Bauern sollen von diesem Plan betroffen sein. Unter dem Vorwand, das Schweinefieber zu bekämpfen, wird mit diesem Plan von der Regierung der USA, Kanadas und Mexikos das Hauptziel verfolgt, ihren eigenen Viehbestand zu schützen, eine Industrie für die Schweinefleischproduktion aufzubauen und den Bauern von seinem Land zu trennen, um ihn in den Fabriken von Port-au-Prince zu einem Hungerlohn arbeiten zu lassen.

Das Engagement der progressiven Kirche für das Volk und die Tatsache, daß sie wiederholt die unpopulären Projekte der Regierung kritisiert, haben dazu geführt, daß seitens der Duvaliers und des Klerus Erpressung und Einschüchterungsmaßnahmen ausgeübt, ihre Anhänger von der Polizei verfolgt und inhaftiert werden. Während des Papstbesuches hat sie nicht die Möglichkeit gehabt, ihre Beschwerden vorzubringen, da der Erzbischof von Port-au-Prince, Wolf Ligondé, der ein Cousin der Präsidentengattin ist, für die Abschirmung des Papstes sorgte. Ein solches Manöver wird die progressiven Kleriker sicher nicht entmutigen. Sie haben den Segen des Papstes für ihren Einsatz auf der Seite der Armen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, bisher nie gebraucht.

Um die Beziehungen zwischen Kirche und Machthabern in Haiti zu verstehen, muß man bis zum Konkordat von 1860 zurückgehen. Mit diesem Vertrag wurde die Machtverteilung zwischen dem haitianischen Präsidenten und der katholischen Kirche festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt bildeten den Klerus ausschließlich ausländische Bischöfe, die die kulturellen Traditionen des Landes nicht kannten. Die Erziehung und Ausbildung wurde den religiösen Orden überlassen. Die außerordentlichen Privilegien der Kirche, der paternalistische Charakter ihrer Mission und ihr Einverständnis mit der amerikanischen Besatzungsmacht haben den Zorn der kleinbürgerlichen Intellektuellen herausgefordert, die sich später für die "Nationalisierung" der Kirche einsetzen. Als einer der Ideologen dieser Bewegung erklärt François Duvalier, als er Präsident wird, die Indigenisation der Kirche zu einem seiner zentralen Themen.

In Wirklichkeit war François Duvalier, der Verhandlungen mit dem Vatikan über die Indigenisation des haitianischen Klerus aufgenommen hatte, weit entfernt von den Thesen der indigenistischen Bewegung. Ihm lag hauptsächlich daran, eine totale Kontrolle über die Kirche zu haben und die ausländischen Geistlichen, die ihn während des Wahlkampfes von 1957 nicht unterstützt hatten, auszuweisen. Seinem Kampf einen nationalistischen Charakter gebend, geht er gegen die ausländischen Bischöfe vor. 1960 veranlaßt er die Ausweisung des Erzbischofs von Port-au-Prince, Poirier, dem er kommunistische Aktivitäten im Land und die Unterstützung der Studenten während des Streiks im November 1960 vorwirft. Später verfährt er in der gleichen Weise, um die ausländischen Geistlichen, die sich seiner Herrschaft widersetzen könnten, des Landes zu verweisen. Gleichzeitig spiegelt er den haitianischen Priestern die Vorteile vor, die sie aus einer engen Zusammenarbeit mit der Regierung ziehen könnten. Tatsächlich ernennt Duvalier zwei haitianische Priester zu Ministern (Erziehungswesen). Die Beteiligung der haitianischen Geistlichen an der Regierung Duvaliers zeigt schon die neuen Tendenzen der Kirche. Nach langen Verhandlungen mit dem Vatikan konnte Duvalier im Jahre 1966 in allen Erzbistümern des Landes seine religiösen Anhänger ernennen. Bei dieser Gelegenheit wurde Wolf Ligondé zum Erzbischof von Port-au-Prince ernannt.



Die ausschließliche Kontrolle der Kirche durch die Regierung Duvaliers hätte ohne die Widersprüche, die in der katholischen Kirche selbst vorhanden waren, nicht möglich sein können. Während der großen Krise zwischen dem Vatikan und der haitianischen Regierung konnte Duvalier z.B. kanadische Priester ins Land holen und ihnen die gleichen Privilegien wie den haitianischen Priestern geben.

Die kanadischen Priester, die von den Kapitalisten unterstützt wurden, investierten viel im Bereich der Erziehung und Ausbildung und gründeten die Basis für eine Ausbreitung des kanadischen Kapitals in Haiti. Duvalier erreichte damit zwei Dinge gleichzeitig: einerseits verbesserte er sein internationales Ansehen, indem er die Ausweisung der ausländischen Geistlichen vergessen machte, andererseits versicherte er sich der Unterstützung der nordamerikanischen Kapitalisten.

Nach dem Tode François Duvaliers spielte die Kirche eine wichtige Rolle in der Machtübertragung auf seinen Sohn, Jean-Claude Duvalier. Sie hat dem neuen Präsidenten die ihm fehlende Legitimität gegeben. Ihre Predigten waren unverhüllt regierungsfreundlich. Zur Inthronisation Jean-Claude Duvaliers begrüßt ihn der Erzbischof von Port-au-Prince als "Gesandten Gottes", "berufen zur Teilnahme an der göttlichen Autorität". Unter der Regierung des Sohnes hat sich die Kirche mehr und mehr auf die Seite der Macht gestellt. Die haitianischen Geistlichen, die sich hätten widersetzen können, waren bereits von François Duvalier aus dem Lande gewiesen worden.

Die neuen entwicklungspolitischen Tendenzen der Macht (à la Taiwan) unterstützend, hat sich die offizielle Kirche für die Regierungsprojekte eingesetzt, deren Ziel es ist, die Bauern zu kontrollieren und zu verhindern, daß sie sich gegen die Diktatur erheben. Die ausländischen Priester, die mit Hilfe des internationalen Kapitals ins Land zurückkehren, beteiligen sich an der Konzeption dieser neuen Entwicklungspolitik. Diese Politik sieht die Einbeziehung der Bauern in die Projekte der internationalen Organisationen und seine Auslieferung an das internationale Kapital vor. Es brauchte mehr als ein Jahrzehnt bis eine neue Generation von Geistlichen diese unpopulären Projekte - wie bereits beschrieben - verurteilt und einen engagierten religiösen Diskurs führt. Die enge Zusammenarbeit der offiziellen Kirche mit der Regierung in diesen Projekten ist noch gefährlicher als die ideologische Legitimation, die sie ihr bis jetzt geliefert hat. Hinzu kommt, daß die neue politische Ökonomie im Lande Tausende von protestantischen Sekten angezogen hat, die unter der Landbevölkerung und in den Elendsvierteln der Städte eine Verherrlichung der USA verbreiten. Man schätzt, daß ungefähr 20 % der Bevölkerung in Haiti Protestanten sind. Zur Zeit ziehen diese protestantischen Sekten viel mehr Anhänger als die katholische Kirche an, indem sie ihre "biblische Botschaft" kreolisieren und den religiösen Gottesdienst vereinfachen. Wegen seiner Verbindung mit dem in Haiti vorwiegend amerikanischen Kapital und seiner weniger hierarchischen Organisation wird der Protestantismus in den nächsten Jahren sicher in der Lage sein, wenn diese Entwicklung sich fortsetzt, den Einfluß der katholischen Kirche zu vermindern. Letzten Endes treffen die protestantischen Sekten und die offizielle Kirche sich wieder bei der Entfremdung der Gläubigen und ihrer Entfernung aus dem politischen Leben. Sicher bilden die progressiven Geistlichen ein Gegengewicht zu der offiziellen Kirche und den protestantischen Sekten, aber die Einschüchterungen und Verhaftungen, deren Opfer sie sind, behindern ernsthaft ihr Engagement an der Seite der Armen.

GUATEMALA

Hinrichtungen in Guatemala

3 Tage vor dem Besuch des Papstes in Guatemala läßt General Rios Montt am 3.3. 83 sechs politische Gefangene hinrichten.

In einem Interview mit der spanischen Tageszeitung 'El País' (16.3. 83) antwortet der General auf die Frage, wie er die verstimimte Reaktion des Papstes im Hinblick auf diese Exekutionen beurteilt:

"(Ich betrachte es) als Gewissenhaftigkeit, Gerechtigkeit auszuüben statt Unentschlossenheit und nicht zuzulassen, daß sie mit uns machen, was sie wollen."

In der Tat scheint die Regierung außenpolitische Spannungen in Kauf zu nehmen - wie im Falle der unrechtmäßig verurteilten Ausländer Michael Glenn Ernest (USA) und Maria Magdalena Monteverde (Spanien) - um sich den propagandistischen Anschein zu geben, daß sie für Ordnung und Gerechtigkeit eintritt.

Dabei zeigt gerade die Praxis der militärischen Sondergerichte, bis jetzt verantwortlich für die Erschießung von insgesamt 15 Personen am 17.9. 82, 3.3 und 21. 3. 83, wie dünn die legalistische Tünche des Willkürregimes Rios Montts in Wahrheit ist:

"Die Sondertribunale sind ungesetzlich"

Der XI. guatemaltekkische Juristenkongreß, an dem am 20. u. 21.3. über 300 Juristen teilnahmen, artikulierte denn auch die zunehmende öffentliche Kritik an den Sondergerichten, erklärte sie als unvereinbar mit der internationalen Konvention über die Menschenrechte und gelangte zu dem Schluß, "... daß dieses Gesetz unrechtmäßig (ist)". (LR, 22.3. 83)

Die Sondertribunale entsprechen einer Rechtsordnung, wie sie nur für den militärischen Ausnahmezustand vorgesehen ist. Dieser ist seit dem 23.3. 83 aufgehoben; dennoch bleiben die Sondergerichte bestehen. (PL, 3.2.; LR, 26.2) Die Zahl der noch ausstehenden Fälle, die vor ihnen verhandelt werden sollen, wird inoffiziellen Verlautbarungen zufolge auf über 200 (!) geschätzt.

Rios Montt selbst, der sich fortwährend auf Gerechtigkeit beruft, setzte sich wiederholt in krassen Widerspruch zu der den Tribunalen zugrunde liegenden Rechtsordnung, wenn er in seinen Fernsehansprachen, in der Landespresse ebenso wie in dem oben genannten Interview verkündete, er könne auf die Gerichte keinen Einfluß nehmen. Aber laut Ausnahmegesetz obliegt es gerade seiner Kompetenz, die Richter -Juristen oder Militärs- dazu einzusetzen.

Keine ausreichende Verteidigung der Angeklagten

Nur in wenigen Fällen waren die Angeklagten überhaupt durch einen Strafverteidiger vertreten, nämlich lediglich dann, wenn ihre Familien einen Anwalt bezahlen konnten. Im Fall der Brüder Mario und Rony Martinez G., hingerichtet am 21. 3., hatte der von der Familie bestellte Anwalt das Mandat niedergelegt, nachdem er mehr-

fach brieflich und telefonisch mit dem Tode bedroht worden war. Nancy Martinez, die Schwester der beiden Angeklagten, sagte gegenüber der Presse (PL, 21.3.), daß es nach dem Rücktritt des Anwalts Reyes Ixcamey unmöglich gewesen sei, einen Ersatz für die Verteidigung zu finden; 10 befragte Strafverteidiger hätten das Mandat abgelehnt, ohne einen Grund zu nennen.

Im Falle des Honduren ers Marco Antonio Gonzalez, hingerichtet am 3.3., erklärte der honduren ische Konsul Martinez Podilla, es sei der Botschaft erst am letzten Verhandlungstag in zweiter Instanz gelungen, dem Angeklagten einen Anwalt beizuordnen. Bis dahin -also während des Verfahrens in 1. Instanz- habe ihr Landsmann keinen Verteidiger zu Gesicht bekommen, er habe auch nicht erfahren, wessen er eigentlich angeklagt sei. (LR, 4.3.)

Hinsichtlich des Sonderverfahrens vom 1.2. 83, in dem gegenüber 6 politischen Angeklagten in 2. Instanz das Todesurteil bestätigt wurde, erklärte der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Ricardo Sagastume Vidaurre, allen Ernstes vor der Presse, alles sei völlig rechtmäßig zugegangen, Pflichtverteidiger (in 2 Fällen) seien Jurastudenten des letzten Semesters gewesen, deren Namen er aus Sicherheitsgründen nicht nennen könne.(!) -LR, 4.3.

Die auf diese Weise 'verteidigten' Inidigenos, Carlos Subuyuj Cuc und Pedro Roxón Tepet, wurden zusammen mit 2 weiteren Todesdelinquenten am darauffolgenden Morgen des 2.2. zur Hinrichtung auf den Friedhof der Zona 3 gebracht. Ihre Gräber waren bereits ausgehoben, und die Morgenpresse verkündete schon in Schlagzeilen ihre Hinrichtung, als der Befehl zum Aufschub der Urteilsvollstreckung kam. Schon am Vorabend war dieser Aufschub durch neues Entlastungsmaterial bewirkt worden, das die Wahlverteidiger der zwei übrigen Angeklagten vorgelegt, die Eltern der betreffenden Todeskandidaten jedoch bereits Tage vorher durch die Presse veröffentlicht hatten. Mit anderen Worten, die vier, die keinen Anwalt hatten, wären beinahe aus eben diesem Grunde erschossen worden.

Von den Journalisten auf diese Unrechtmäßigkeit sowie auf die Hinrichtungen vom 17.9. 82 angesprochen, gestand der Präsident des Obersten Gerichtshofes freimütig: "Die hätten gerettet werden können, wenn jemand ein Schutzgesuch zur Verteidigung der vier (vom 17.9. 82; M.M.) eingereicht hätte." (LR, 4.2.)

Unerträgliche Prozessbedingungen

Als vollkommen unzunutbar und zum gültigen Prozeßrecht in eklatantem Widerspruch stehend werden die Verfahrensbedingungen vor den Sondertribunalen bezeichnet, denen (auch die bezahlten) Strafverteidiger unterworfen sind. Übereinstimmend berichten sie, daß sie keinerlei Einblick in die Originalunterlagen der Anklage erhalten hätten und daß sie nicht einmal wüßten, welchem Richter sie gegenüberstehen würden. Jegliche Kommunikation finde nur auf schriftlichem Wege statt und richte sich an den Verteidigungsminister, dem die Sondertribunale unterstehen. Der Anwalt des Honduren ers sagte in diesem Zusammenhang: "Ich habe heute die Schriftstücke ... gelesen. Ich konnte feststellen, daß es sich um den größten Betrug handelt, den man sich denken kann. Es werden überhaupt keine Namen genannt; es gibt Notizen ohne Datum!" (LR, 13.2.) - Wie lange dieser Anwalt wohl noch lebt? -

mal Todesurteil - mal Freispruch

Die am 3.3. hingerichteten sechs Personen waren bereits Mitte Januar zusammen mit vier weiteren politischen Angeklagten in 1. Instanz zum Tode verurteilt worden. Die 2. Instanz hob für letztere vier das Urteil auf und sprach sie frei. Doch aufgrund welcher Beweise kann dasselbe Gericht in der einen Instanz ein Todesurteil, in der andern Instanz einen Freispruch fassen?

Widersprüche und Ungereimtheiten

Überhaupt sucht man in den Berichterstattungen über die Sondertribunale vergeblich nach Beweisen oder auch nur konkreten Ermittlungsergebnissen der Behörden. Nur von Anklagepunkten ist die Rede, die einander widersprechen. Oder von angeblich 'freien Geständnissen'. -Doch in guatemalteckischen Gefängnissen? Und womöglich noch unter Anwendung von Folter? - Die Eltern von Mario Martinez Guzman zumindest behaupten dies vor der Presse (PL, 21.3.) Ihr Sohn sei im Gefängnis so sehr geschlagen worden, behaupten sie, daß er blind gewesen sei, bevor man ihn am 21. 3. hinrichtete.

Quellen: Prensa Libre
La Razón · lt."Wochenberichte"



Kidnapped

Yolanda Urizar de Aguilar, die bekannte Rechtsanwältin und Assessorin des Gewerkschaftsdachverbandes CNT (Central Nacional de Trabajadores) ist verschwunden. Frau Urizar ist Witwe eines christdemokratischen Parteiführers und Tochter des Ex-Abgeordneten Coronel Augusto Urizar. Bis zur Regierungsübernahme durch General Lucas Garcia als die CNT in den Untergrund gehen mußte, arbeitete sie als Assessorin der Gewerkschaft. Zuletzt hatte sie im Westen des Landes als Beraterin für Campesino-Gruppen gearbeitet. Ihr Vater sagte nun aus, daß sie auf dem Wege in die Hauptstadt verhaftet worden sei, als sie sich auf Grund des Amnestiegesetzes, das Rios Montt für einen Monat erlassen hat, den Autoritäten stellen wollte. Was wirklich geschehen ist, ist unbekannt, die "Autoritäten" hüllten sich erst in Schweigen, später ließ der Chef der Nationalpolizei, Ponce Nitsch, Protesttelegramme dergestalt beantworten: "...ich darf Ihnen mitteilen, daß die genannte Person nicht festgenommen wurde von der mir unterstehenden Nationalpolizei. Falls sie jedoch in einer Verbindung oder Aktivität mit subversiven Gruppen steht, ist es möglich, daß diese sie haben oder etwas über ihr Verbleiben wissen." (Prensa Libre, 6.4.83)

Mit anderen Worten: Das Leben von Yolanda Urizar ist in Gefahr. Die Central Nacional de Trabajadores bittet dringend, Protestschreiben zu schicken, insbesondere auf Gewerkschaftsebene. Sie gab darüber hinaus folgende Erklärung ab:

" Die Central Nacional de Trabajadores erklärt vor dem Volk von Guatemala sowie allen nationalen und internationalen humanitären Organisationen

1. In einigen Medien von Guatemala -Stadt wurde am 29. und 30. März die Verhaftung der Rechtsanwältin Yolanda Urizar, verwitwete Aguilar, publiziert. Laut Mitteilung der Familie des Opfers wurde sie am Freitag, den 25. März, im Landesinneren von Sicherheitskräften der Regierung festgenommen. Die Central Nacional de Trabajadores (CNT) drückt hiermit öffentlich ihre Besorgnis über den bedauerlichen Vorfall aus und solidarisiert sich mit der Familie der Anwältin Urizar. Vorfälle wie dieser passieren ständig und werden vollständig verschwiegen, was man auch in diesem Falle fürchten muß. Die Familie der Anwältin Urizar war schon früher Opfer der institutionalisierten Repression seitens der Regierung Lucas Garcia. Ihre minderjährige Tochter Yolanda Aguilar wurde von der Kriminalpolizei dieser Regierung verhaftet und von dem damaligen Chef dieser Polizeieinheit, Manuel de Jesus Valiente Tellez, vergewaltigt und gefoltert.

2. Anwältin Yolanda Urizar, verwitwete Aguilar, war Gewerkschafts-Assessorin der CNT bis 1979. Aufgrund der Repression gegen Führer, Assesoren und die Basis der Gewerkschaft in Guatemala in jenem Jahr, sah sie sich gezwungen, das Land zu verlassen und ins Exil zu gehen. Seit-dem gab es keinerlei Verbindung mit ihr. In der CNT erwies sie sich als eine der treuesten Verteidiger der Rechte und Interessen der Arbeiter. Bei ihrer schwierigen Arbeit gewann sie die Wertschätzung und Sympathie der städtischen und ländlichen Gewerkschafter sowie von Campesino-Vereinigungen im ganzen Land.

3. Die CNT ist wiederholt von der Repression schwer getroffen worden. Vor allem am 21. Juni 1980, als Sicherheitskräfte der Regierung in unsere Gewerkschaftszentrale eindrangen und 27 Gewerkschaftsführer festnahmen, die seitdem verschwunden sind. Bis heute bleibt diese Tat unaufgeklärt, von seiten der Behörden ist nicht der geringste Schritt unternommen worden, um Licht in das Dunkel dieses Vorganges zu bringen. Trotzdem erklären wir deutlich, daß unsere Organisation den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse und Campesinos weiterführt - im Gegensatz zu der von Medien verbreiteten Behauptung ihrer Auflösung und Vernichtung durch die Regierung Lucas Garcia.

Deshalb fordern wir:

Von dem Präsidenten der Republik, General Efraim Rios Montt, von seinen Ministern der Verteidigung, des Inneren sowie Arbeit und Soziales die Freilassung der Rechtsanwältin Yolanda Urizar, verwitwete Aguilar, sowie die Respektierung ihrer Person und ihres Lebens. Im Zuge der momentanen demokratischen Öffnung und der Aufhebung des Ausnahmezustandes erklärten die oben aufgeführten Autoritäten deutlich, die gewerkschaftlichen und allgemeinen Rechte des Volkes würden respektiert, dies gelte besonders auch für das LEBEN der Führer und Assesoren. Die Regierung ist aufgefordert, durch konkrete Taten ihre Aussagen unter Beweis zu stellen. Die Rechtsanwältin Yolanda muß sofort freigelassen werden! Denn eine so ehrenhafte und rechtschaffene Person wie diese Anwältin kann keine Delikte begangen haben, die ihre Freilassung verhindern könnten!

Alle Gewerkschafts- und Volksorganisationen rufen wir hiermit auf: Protestiert gegen diesen Gewaltakt, setzt Euch ein für die sofortige Freilassung von Yolanda Urizar, fordert, daß Yolanda wieder lebend auftaucht!

CENTRAL NACIONAL DE TRABAJADORES (CNT) Guatemala, 5.4.1983

Protestschreiben an:

- Die Botschaft Guatemalas in der BRD (Bonn)
- Senor Presidente de la Republica de Guatemala, Efraim Rios Montt

Palacio Nacional
Ciudad de Guatemala
Guatemala C.A.

KOLUMBIEN

Interview mit M-19 (2. Teil)

Im zweiten Teil des Interviews mit der Vertreterin der Bewegung 19. April schildert sie die Ursprünge ihrer Organisation, die Entwicklung dieser zu auch einer Landguerilla, und sie beschreibt die Philosophie ihrer Bewegung und die Rolle der Frau in der Guerilla.

LN: Kannst Du etwas zum Entstehen der M-19 als Guerillabewegung und zu ihrem jetzigen Aufbau sagen ?

Ana: 1970 verkaufte Gustavo Rojas Pinilla die Wahlen. Er war im Begriff sie zu gewinnen. Ein populistischer General, den das Volk wollte ... es lief sehr gut die Wahlauszählung wurde öffentlich übertragen, als plötzlich daß Radio verstummte, es wurde ganz still, die Übertragung unterbrochen. Fünf Stunden später stellten sie den Kandidaten der Konservativen Partei, Pastrana, als Wahlsieger vor. Es war ein Wunder geschehen, eins mehr, es gab viele davon in unserem Land. Ich weiß nicht ... danach verschwand Rojas Pinilla auf Reisen nach Miami und Spanien... es schien, daß er danach genügend Geld hatte um diese Ausflüge zu machen. So raubte er die Wahlen und die M-19, Leute der ANAPO ...

LN: Wer ist die ANAPO ?

Ana: ... der Bewegung von Gustavo Rojas Pinilla, viele Leute, wurden wir uns bewußt, daß es legal nie eine demokratische Bewegung in Kolumbien geben wird. Nach diesem Ereignis um die Präsidentschaftswahl 1970 trafen sich Leute der verschiedenen Richtungen und Gruppen ... viele unserer Leute kommen von der FARC (kommun. Guerilla), andere von der ELN (castristische Guerilla), wieder andere aus der Bourgeoisie, andere aus dem Volk, wir sind eine sehr gemischte Bewegung. Was die Dialektik der M-19 ausmacht ist ... gestren sagte mir ein Journalist, daß wir als eine nicht dogmatische Bewegung bekannt sind ... weil es viele verschiedene Kräfte in der M-19 gibt, gibt es einen konstanten Dialog, es gibt immer Diskussionen, immer wird alles neu bewertet ... gut aus allen diesen Kräften entstand die M-19. Die erste symbolische Aktion war, daß wir uns das Schwert Simon Bolivars aus dem Museum in Bogotá geholt haben.

LN: Soweit ich mich erinnere begann die M-19 als Stadtguerilla ...

Ana: Die M-19 ist eine politisch-militärische Organisation, d. h., der politischen Arbeit wird mit dem Waffen der Rücken gedeckt, es werden keine militärische Aktionen gemacht, die nicht auch polit. Bedeutung haben. Die politische Aktion hat fast immer die militärische Rückendeckung.

Die M-19 ist eine demokratische Bewegung... demokratisch in dem Sinn, daß alle Teile des Volkes an der Macht teilnehmen müssen und teilnehmen können, demokratisch im Sinne, daß das Land von verschiedenen Kräften geführt werden soll, die am pol. Leben des Landes teilnehmen ...

... in dem Sinn, daß die Reichtümer Kolumbiens : die Smaragde, die Kohle, das Kupfer, Kolumbien gehören; d. h. nicht, daß wir mit keinem ausländischen Land arbeiten werden, sondern es soll Verträge geben, günstige, gerechte Verträge für Kolumbien. Wir wollen unsere eigene Politik, die unseren Interessen entspricht, definieren können, wir wollen nicht, daß uns jemand sagt was gut ist für die Latinos, was gut für Kolumbien ist ... in diesem Sinne sind wir demokratisch, wir sind Antimperialisten, weil wir als unseren Feind die USA definieren ... die Bourgeoisie, die mit den USA zusammenklüngelt, dieses genau ist unser Feind.

International stehen wir auf den Positionen der Blockfreien ... wir sind mit den siegreichen Revolutionen von Cuba, Nicaragua, Grenada, Mozambique, mit allen siegreichen Revolutionen der Welt ... mit der in Lybien, das ist unsere Position. Wir sind auch mit allen fortschrittlichen Kräften Europas.

LN: Kannst Du nochmal auf die Stadt- und Landguerilla zurückkommen ?

Ana: Wir haben in der Stadt begonnen, da man nicht alles zur gleichen Zeit machen kann. Wir haben als kleine, als sehr kleine Bewegung angefangen, mit viel Lust Sachen zu machen. In diesem Sinn waren wir rein städtisch; danach als wir an Kraft gewannen und sahen, daß wir es wirklich konnten, die ökonomischen und die menschlichen Kräfte dazu hatten, gingen wir auch aufs Land. Wir machten dies dann als die Bewegung bereits Wurzeln geschlagen hatte und wir machten es mit den nötigen Mitteln.

Die Eröffnung einer Südfront ... es ist nicht so daß Du mit 20 Leuten ankommst und schon ist sie da, die Guerilla, sie fällt nicht mit dem Fallschirm vom Himmel. Die Guerilla ist etwas das aus dem eigenen Volk kommt, sie braucht bestimmte Bedingungen. Zum Beispiel in Caquetá; es ist Kolonisierungsgebiet, die Bauern wurden immer von einem Ort zum anderen geschoben, es ist ein sehr armes Gebiet wo die Leute nichts zu verlieren haben, nichts außer ihren Ketten.

LN: Wie haben sich die ersten Gruppen der M-19 in der Stadt gebildet ?

Ana: Es gibt unter uns sehr viele alte Kämpfer : Jaime Bateman kämpft seit mehr oder weniger 20 Jahren, ich glaube er war immer Guerillero, er war in der FARC und hatte Erfahrung; Alvaro Fayad war auch Guerillero der FARC und hatte Erfahrung; Gustavo war Kämpfer in der ELN. Es gab auch einige unter uns, die absolut keine Erfahrung hatten, aber die anderen haben uns dann die nötigen Sachen beigebracht.



LN: Wie sind die Gruppen jetzt organisiert ?

Ana: In Zellen. Wir haben eine militärische Organisation. Es gibt ein Oberkommando. Die Struktur ist strikt linear.

LN: Wie steht es mit Euren internationalen Beziehungen ? Vor kurzem hat Fidel Castro in einem Interview eines kolumbianischen Radiosenders erklärt, daß Mitglieder der M-19 Ausbildung auf Cuba erhalten hätten. Wie ist das Verhältnis der M-19 zu Cuba ?

Ana: Wir haben politische Beziehungen zu Cuba ... Ich glaube Cuba ist wirklich ein Land, das eine Revolution gemacht hat ... es würde an seine Hilfe, die es uns gibt, keine Bedingungen knüpfen. Täten sie es, würden wir das zurückweisen.

Genauso wie wir keine Amnestie mit Bedingungen akzeptieren, würden wir noch weniger eine ausländische Unterstützung, die an Bedingungen geknüpft ist, akzeptieren. Wir sind eine nationale Bewegung. Wir werden uns nicht den Weisungen von irgendwem unterordnen. Wir haben unsere eigenen Vorstellungen und Ziele.

LN: Du sprichst von nationaler Bewegung. Was bedeutet dies heute in einer Zeit wo ein Befreiungskampf nie ein isolierter nationaler sein kann, sondern in einem internationalen Kontext eingezwängt ist ?

Ana: Du stellst die Frage nach unserer politischen Plattform. Der Philosophie der wir folgen ... kennst Du etwas von Simon Bolivar ?

Er träumte von einem vereinigten Lateinamerika. Dies ist es ... es wird vielleicht erreicht, oder auch nicht ... man kann es nicht wissen. Aber unsere Philosophie ist von Grund auf bolivarianisch.

Vor diesem Hintergrund läuft der Kampf auf zwei Ebenen ab: wir Kolumbianer kämpfen natürlich in Kolumbien, die Salvadorianer in El Salvador und die Kubaner auf Cuba. Natürlich wenn Du Dir die Guerilla ankuckst haben wir dort Leute aus allen Ländern die Du Dir vorstellen kannst, vor allem aus lateinamerikanischen und mittelamerikanischen.

LN: Es gibt jedoch auch einen Nationalismus anderer Art, der in manchen Lateinamerikanischen Ländern bis in die Linke hineinreicht. Ich denke da an einen Konflikt der sich zwischen Peru und Ecuador entwickelt hatte, eine Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie von Ecuador und der von Peru, die breite Teile der Bevölkerung dieser beiden Länder gegeneinander aufbrachte ...

Ana: Ich glaube hier handelt es sich um einen Mangel an politischem Bewußtsein.

Immer wenn es schwerwiegende interne Konflikte in einem Land gibt, suchen die Führenden nach etwas um davon abzulenken und die Leute, die wenig politisiert sind fallen darauf herein. Was ist mit den Malvinas passiert? Da haben wir genau dieses Phänomen. Als die Leute in Argentinien begannen sich auf den Straßen zu sammeln, als Bewegung in die Starre kam ... - erkennen die Militärs: dies kann gefährlich werden, also erobern wir die Malvinas -(dachten sie).

Die Malvinas den Argentinern, natürlich dies ist klar, aber man muß den Moment berücksichtigen. Die Generäle versuchten zu einem Zeitpunkt in dem die sozialen Konflikte zunahm, die Aufmerksamkeit von einem neuralgischen Punkt auf einen anderen, die Malvinas, zu lenken. In diesem Moment tritt das Volk als wenig politisiertes in Erscheinung, und läßt in das Spiel einwickeln.

LN: Wie sind eure Beziehungen zu den Guerillabewegungen in Mittelamerika ?

Ana: Wir haben Beziehungen zu den Guerillagruppen, die für die Befreiung ihres Landes kämpfen. Genauso haben wir Beziehungen zu allen Ländern, die dieses Ziel schon erreicht haben.

Zum Beispiel mit El Salvador und Nicaragua. Wir sprechen, diskutieren, tauschen Erfahrungen aus, wir helfen uns gegenseitig überall dort wo es möglich ist. Die Beziehungen zwischen ihnen und uns sind die Beziehungen zwischen Gruppen, die das gleiche Ziel haben. Es gibt heute, wie wir vorher schon gesagt haben, keinen isolierten Kampf mehr; heute mit diesen Informationssystemen, hängt jeder vom anderen ab ... in diesem Sinne arbeiten wir alle zusammen.

LN: Die kolumbianische Regierung hat Nicaragua vor kurzem einen Kredit von 15 Mio. Dollar eingeräumt. Welche politische Bedeutung kann man dem beimessen, wenn man vor allem die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Ländern um die Insel San Andrés im Hinterkopf hat ?

Ana: Uns scheint dies ein positives Zeichen. Der Entwicklungsprozeß Nicaraguas findet sich heute von allen Seiten bedroht. Dieser Prozeß braucht Geld und er braucht eine friedliche Entwicklung. Wir hoffen das mit den neuen Aktivitäten der kolumbianischen Regierung zumindest die direkten Attacken, die von der Insel San Andrés aus gegen Nicaragua geführt wurden, aufhören. Der Kredit, nun ja

wir wünschen, daß er den Sandinistas hilft ... diese Aktivitäten der kolumbianischen Regierung sind sehr positiv ... vielleicht eine Regierung weniger, die Nicaragua attackiert.

LN: Wie seht ihr die Rolle, die die SI, ein Verein in den die deutsche Sozialdemokratie das meiste Geld reinsteckt, bei eurem Kampf in Kolumbien spielen könnte ?

Ana: Die Sozialistische Internationale stellt sich selbst als dritte Alternative, als einen dritten Weg dar. Folgt man dem, was sie sagen und sieht man, wie sie der Revolution in Nicaragua geholfen hat und immer noch hilft und wie sie in gewisser Weise El Salvador unterstützten ... Wir denken sie sind eine fortschrittliche Kraft in Europa.

Innerhalb der SI gibt es verschiedene Tendenzen, verschiedene Kräfte, einige da - runter sehr fortschrittlich, auch mit fortschrittlicher Philosophie.

Zum anderen ist die SI für uns eine Alternative für die Autonomie, in dem Sinne, daß ökonomische Autonomie auch politische Autonomie bedeutet.

LN: Kannst Du etwas genauer über die Struktur und über das Leben in der Guerilla sprechen ?

Ana: Was ich am besten kenne ... es gibt zwei Formen der Guerilla : die Stadtguerilla und die Guerilla in den Bergen. Das Leben läuft vollkommen unterschiedlich ab. Die Stadtguerilla operiert auf feindlichem Territorium, ihr Schicksal hängt vom Sicherheitssystem, von ihrer Infrastruktur ab. Die Compañeros leben alleine, schlafen nie am gleichen Platz. Genauso wie die Guerilleros in den Bergen sind sie ständig in Bewegung, ständig an einem anderen Ort. Die Guerilla auf dem Land hat mehr Gemeinschaftsleben; sie leben zu 10, zu 15 zusammen. In der Stadt gibt es das nicht. Kaum einer hat eine Wohnung. Immer muß beachtet werden: entdecken sie den einen, erwischt es auch den anderen, wenn sie zusammen sind.

Die compañeros und compañeras auf dem Land lernen mehr zusammenzuleben, die Sachen zu teilen, zu diskutieren. Politische Diskussionen und Gemeinschaft erlaubt das Leben als Guerillero in der Stadt nicht.

LN: Wie lebt die Frau in der Guerilla. Che Guevara hat den Compañeras auch mal Qualitäten als Köchinnen, Krankenschwestern der Truppe, oder als Alphabetisatorinnen zugeschrieben. Wie sieht das mit den Frauen in der M-19 aus ?

Ana: Ich glaube, daß Ché ... gut dies ist wohl eine der wenigen Sachen, über die ich mit ihm nicht übereinstimme. In der Stadtguerilla unterscheidet sich eine Frau mit Revolver nicht von einem Mann mit Revolver. In diesem Sinne herrscht in der militärischen Organisation in der Stadt eine Gleichheit. Es gibt Aktionen, die von speziellen Kommandos von nur Frauen durchgeführt werden. Dies hat etwas mit den Machos zu tun, die es ja auch hier in Europa gibt. Gut, wir haben unsere tollen Machos, sie sehen eine Frau bewaffnet ankommen und wissen nicht wie sie sich verhalten sollen : sie zu erschießen oder ihre Sprüche los lassen. Sie sind sehr verunsichert (Die Soldaten, die Polizisten, usw. Anm. d. Übersetzers).

Bei der Guerilla auf dem Land reproduziert sich vielfach die traditionelle Rolle der Frau. Dies ist etwas wogegen wir ankämpfen müssen und über das es sich hinwegzusetzen gilt. Es ist so, man muß dies sehen, in der Guerilla spiegelt sich das kolumbianische Volk wieder, und da ist schon mal die Compañera die Frau des Compañeros aber zur gleichen Zeit ist sie auch eine Compañera in der Guerilla; in diesem Sinne werden Fortschritte gemacht, es wird viel darüber gesprochen über die Compañera, die ebenso wie der Mann ein aktiver Teil der Guerilla ist. Klar das Problem ist noch nicht gelöst : weder in der Stadtguerilla noch auf dem Land.

Es gibt jedoch auch Fälle in denen die Frau ihre Autonomie hat und verantwortungsvolle Posten besetzt. Hier hast du mich als lebendes Beispiel. Im Oberkommando der M-19 haben wir zwei Frauen.

LN: Aber eine Frau muß sehr viel mehr kämpfen als der Compañero, auf so eine Position zu kommen, oder nicht ?

Ana: Man muß neue Aktivitäten entwickeln im Leben ... klar die Sachen, die der Compañero macht, zählen viel... aber es ist auch ein politischer Kampf, d. h., ich kann mich der Rolle der Compañera des Compañeros zufriedengeben, ich kann allerdings auch gleichzeitig die Rolle der polit. Aktivistin einnehmen, oder ich bleibe überhaupt alleine, das ist vielleicht das, was in unserer Kultur noch die meiste Unabhängigkeit erlaubt.

Es ist viel, von den Männern zu verlangen, daß sie sagen: "macht euch unabhängig"! Die Frauen müssen das auch wollen. Es ist der Kampf von Männern und Frauen zur gleichen Zeit. Ich würde nicht sagen, daß die Compañeros immer versuchen, die Frau in ihrer Position zu halten. Manchmal verteidigen wir Frauen auch in bestimmter Weise diese Rolle.

LN: Ich nehme an, daß viele Deiner "Compas" Kinder haben. Was passiert mit ihnen, wo bleiben sie ?

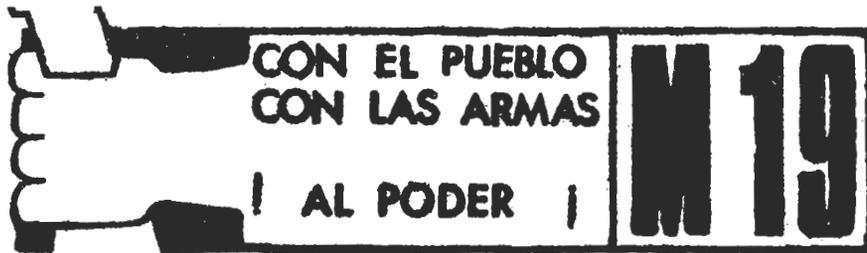
Ana: Ja, es gibt viele Kinder und es ist ein schwieriges Problem für uns. Nicht alle können bei den Großeltern bleiben, einige haben keine mehr. Außerdem gibt es bei uns viele Kinder von Campesinos, deren Eltern vom Militär umgebracht wurden. Sie sind für uns wie die Kinder der Compañeros. Ja, es ist schwierig, wir können nicht 30, 40 Kinder in einer Guerilla-Einheit mitschleppen. Wir sind gerade dabei uns was einfallen zu lassen. Wir wollen eine Betreuung einrichten. Diese Kinder wachsen unter außergewöhnlichen Umständen auf, sie haben Sachen gesehen wie viele Erwachsene sie nicht gesehen haben; sie erleben den Krieg. Ja, wir wollen möglichst schnell dieses Projekt der Kinderbetreuung anregen.

LN: Ich hatte damit immer Schwierigkeiten, wie zum Bsp. in Nicaragua oder in El Salvador in der Guerilla während der Kampfzeit Kinder in die Welt gesetzt werden.

Ana: Ja, ich kenne diese Kritik. Man hat sie auch mir gemacht. Aber es ist das Leben. Das ist Leben. Oder wer soll das Recht haben Kinder in die Welt zu setzen ? Nur die Reichen ? Nur diejenigen, die eine Wohnung haben, zwei Betten für ihre Kinder, ein gesichertes Einkommen ? Auf welcher Seite sind wir ?

LN: Ich glaube es ist eine Sache von Verantwortung ...

Ana: Es ist die größte Verantwortung Kinder zu haben, damit für sie all dies bleibt. Die Kinder sind sehr gut versorgt; wir behandeln sie sehr gut. Ich glaube man kann in der Guerilla Kinder haben und sehr verantwortungsvoll sein, mehr als als z. Bsp. eine Bourgeoisfrau, die ihre Kinder nie sieht, da sie immer zum Bridge rennt oder irgendwelche anderen Schweinereien macht... Meine Kinder haben zumindest ein reiches Leben, sie wissen um was es geht. In diesem Sinne, denke ich, sind wir verantwortlicher.



CHILE

Die bürgerliche Opposition formiert sich

Konnte man bisher daran zweifeln, dass die tiefe ökonomische und soziale Krise Chiles auch zu einer politischen Krise führen würde, so besteht daran seit den Ereignissen der letzten Monate kein Zweifel mehr. Die Junta Pinochets hat sich bisher als sehr stabil erwiesen, wenn auch kürzlich der 33. Wechsel im Kabinett erfolgte. Aber angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation hat die Opposition quantitativ und qualitativ zugenommen, ohne bislang jedoch eine reale Kraft auszumachen. Gegenwärtig teilt sich die bürgerliche Opposition in 2 Lager, die sicher nicht endgültig sind. Die Gruppe "PRODEN" will eine neue zivil-militärische Regierung mit Pinochet bilden, während die "MULTIPARTIDARIA" eine Rückkehr zur Demokratie ohne Pinochet anstrebt. Beiden ist gemeinsam, dass sie aus der christdemokratischen Partei entspringen.

Im Folgenden wollen wir die wichtigsten Ereignisse chronologisch zusammenfassen.

Brief der Gewerkschaften

Am 31. Januar, ein Jahr nach der weiterhin ungeklärten Ermordung des Gewerkschaftlers Tucapel Jimenez haben 1200 gewerkschaftliche Delegierte, unter ihnen die Führung der Coordinadora Nacional Sindical (CNS), einen offenen Brief an Pinochet gerichtet. Darin machen sie mit scharfen Worten die Regierung für die schwerste und tiefste Krise des Landes seit Bestehen der Republik verantwortlich. 9 Jahre Militärjunta und neoliberale Wirtschaftspolitik hätten geführt zu:

- Arbeitslosigkeit von über 30%
- drastischem Rückgang der Investitionstätigkeit
- Verlust von Arbeitsplätzen
- die international höchste Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (über 1600 Dollar)
- Kaufkraftverlust (die Reallöhne betragen z.Z. etwa 85% des Niveaus von 1970)
- dem Verlust wichtiger ethischer Werte durch ein auf Individualismus, Konkurrenzkampf und Konsumismus aufgebautes Wirtschaftssystem
- Verlust der politischen Freiheit
- anhaltendem Ausnahmezustand
- Verlust des politischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter

Die Gewerkschafter fordern eine Volksabstimmung über den Verbleib der jetzigen Regierung.

Comite Sindical Chile

Am 2. Februar 1983 gründet sich in Rom unter der Leitung der kürzlich aus Chile ausgewiesenen Gewerkschaftler M. Bustos und H. Cuevas das "Comite Sindical Chile". Erstmals haben hier seit dem Putsch christdemokratische, kommunistische, sozialistische und andere der Convergencia Socialista angehörigen Gewerkschaftler sich zusammengeschlossen. Das Komitee sieht seine Aufgabe in

- der Unterstützung sämtlicher gewerkschaftlicher Aktivitäten in Chile
- der Wiedererrichtung der Demokratie in Chile
- Forderung nach Aufklärung der Ermordung von Tucapel Jimenez

Man will diesen Forderungen Nachdruck verleihen durch Beeinflussung der Länder, bei denen Chile verschuldet ist. Laut Bustos ist das Komitee auch ein Zeichen zur Bildung der Multipartidaria in Chile. Von Seiten rechter und einiger christdemokratischer Gewerkschaftler aus Chile kam zunächst eine negative Reaktion, was aus der ablehnenden Haltung der Christdemokraten zu den Kommunisten zu verstehen ist. Bustos fordert seine Partei zum Umdenken auf.

Proden

Proden bedeutet: Proyecto de desarrollo para un consenso nacional, Projekt zur Entwicklung einer nationalen Übereinstimmung. Die Gruppe Proden setzt sich zusammen aus Christdemokraten, Ex-Mitgliedern der Partido Nacional sowie einigen Sozialdemokraten unter der Führung von J.Lavandero. Auf dem Boden der gültigen Verfassung von 1980 schlagen sie eine Verfassungsreform vor. Innerhalb der nächsten 6 Monate nach Veröffentlichung des Textes am 24. Februar, soll durch Wahlen eine Regierung gebildet werden, die aus einem Kongress sowie einer Militärjunta besteht. Die Junta soll dabei weniger Rechte als in der Verfassung vorgesehen erhalten. Innerhalb von 2 Jahren soll dieser Kongress Gesetze vorbereiten zur Normalisierung und Demokratisierung des Landes, (ohne jedoch auszuführen was sie darunter verstehen).

Im Vergleich zu dem offenen Brief der Gewerkschaftler ist die Kritik des Proden durchaus blumig formuliert; auch meinen sie, dass jeder (!) Chilene einen Teil Mitschuld an der gegenwärtigen Krise trägt. Devot heisst es: "Geleitet von den höchsten Vorsätzen erlauben wir uns Vorschläge zu formulieren..." Lavandero sieht in dem Text ein grosszügiges Angebot an die Junta, ja einen "historischen Schritt" "ehe es zu spät ist".(!) Pinochet teilt dieses Angebot nicht; in einem Satz erklärte die Junta das Projekt als nicht diskussionswürdig.

Die Multipartidaria

Seit einigen Monaten hörte man schon gerüchteweise von diesem mehrere Parteien umfassendem Bündnis, bis im März das "Demokratische Manifest" veröffentlicht wurde. Die besondere Bedeutung liegt darin, dass sich zum ersten Mal seit dem Putsch ein so umfassender Zusammenschluss gebildet hat mit einem von rechts nach links reichenden Spektrum. Es sind wichtige Vertreter der folgenden Parteien vertreten: Partido Republicano (hervorgegangen aus Teilen des aufgelösten Partido Nacional) Christdemokraten (darunter P.Alwyn und G.Valdés) Sozialdemokraten sowie der Sozialistischen Partei. Dass die Kommunisten sowie die übrigen Parteien der Convergencia Socialista nicht beteiligt sind, dürfte wohl weniger an deren inhaltlichen Vorbehalten, als am Widerstand der Christdemokraten gescheitert sein.

Das "Demokratische Manifest" fordert alle Chilenen, die "die Freiheit, den Frieden und die Gerechtigkeit lieben" zum Zusammenschluss auf. Chile soll wieder demokratisch werden. Auch sie beschreiben die derzeitige Krise als die tiefste und längste seit Bestehen der Republik, die geführt habe zu:

- dem Zusammenbruch des Finanzsystems
- einem steileren Abfall des Bruttosozialproduktes als in anderen lateinamerikanischen Ländern
- Arbeitslosigkeit von über 30%
- der niedrigsten Investitionsrate der letzten Jahrzehnte
- der extremen Verschuldung des Landes, deren Tilgung jährlich 85% des Exporterlöses auffresse, ohne dass die Regierung erklären könne, wohin denn all diese Kredite geflossen seien
- der anhaltenden Pleitewelle
- dem Andauern des Ausnahmezustandes
- dem Verbot der Parteien
- der Kontrolle der Universitäten

- der andauernden Ausweisungspraxis und dem Exil
- der Einschränkung der Versammlungsfreiheit
- dem Abschneiden der sozialen, gewerkschaftlichen und ständischen Organisationen von politischen Entscheidungen
- der Isolierung Chiles in der Uno und unter den Blockfreien
- dem ungelösten Grenzproblem mit Argentinien

Das Manifest verlangt:

- die Beendigung von Ausnahmezustand, Ausweisungspraxis und dem Exil
- Freiheit von Meinung-, Presse-, Versammlung- und Organisierung
- Autonomie der Universitäten
- Zulassung der Parteien

Im Weiteren die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung sowie freier Wahlen, sowie ein wirtschaftliches Notprogramm, das auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruht sowie die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung.

Das weitere Schicksal der Multipartidaria ist unklar. Immerhin beginnt sich die Opposition in Chile zu formieren, endlich. Sie besitzt aber noch keine Kraft, um ihre Forderungen durchzusetzen. Kurzfristig erscheinen tiefgehende Änderungen eher unwahrscheinlich, und sollte es doch zu einer neuen Regierung kommen, so werden linke Positionen sicher nicht vertreten sein. Im März kam es zu versuchten Landnahmen, einigen verzweifelten Streiks sowie am 24.3. zu heftigen Demonstrationen im Zentrum Santiagos, die von einer Reihe von Bombenanschlägen begleitet wurden. Der Innenminister will mit "harter Hand" durchgreifen, und es ist durchaus möglich, dass es zu einer verschärfen Repression im Lande kommen wird- zumal Pinochet die Ursachen der Krise nicht in der Regierungspolitik, sondern in der internationalen Rezession sieht und jegliche Kritik seitens der Opposition kategorisch zurückweist.

Rückblick: Chile vor 10 Jahren - Die Monate vor dem Putsch

Vor fast genau 10 Jahren sind die LN als CHILE-NACHRICHTEN entstanden, und zwar vor dem Putsch, als sich die Klassenkämpfe und damit die Putschgefahr bedrohlich zuspitzten. Heute ist der Fall Chile fast Historie.

Gegenwärtig beansprucht die Situation in Mittelamerika - mit Grund - mehr Aufmerksamkeit; das Arbeitsfeld der Redaktion hat sich seit Jahren auf Lateinamerika ausgeweitet, und die politische Dramatik des Beispiels Chile droht durch unseren Gewöhnungsprozeß hier und mangels spektakulärer "Aufhänger" dort sich in historischer Blässe zu verlieren: kurz, wenn Chile, vor einem Dutzend Jahren Ziel des aufkommenden Polit-Tourismus, heute nicht gerade "in" ist, wollen wir dennoch in einer Folge von Rückblicken die sich zuspitzende Situation der Klassenkämpfe bis zum Putsch im September 1973 nachzeichnen.

Die Märzahlen

Die Parlamentswahlen am 4. März 1973 lagen fast in der Mitte der verfassungsmäßig sechsjährigen Amtszeit Allendes; der letzte Versuch, innerhalb des herrschenden Regierungssystems eine politische Lösung zu finden. Tatsächlich hatte sich das politische Klima im Wahlkampf relativ normalisiert, nachdem der Versuch der Unternehmerverbände und mittelständischer Berufsverbände im Oktober 72, durch landesweite Streiks und Sabotageaktionen die Regierung in die Knie zu zwingen, gescheitert war und im Gegenteil eine massive Mobilisierung der Arbeiter zugunsten der Regierung bewirkt hatte.

Bei den Wahlen standen sich die Koalition der die Regierung tragenden Linksparteien der Volkseinheit UNIDAD POPULAR (UP) und der rechte Block aus Christdemokratie und Nationalpartei gegenüber.

Die Präsidentschaftswahlen 1970 hatte Allende als Kandidat der UP mit der relativen Mehrheit von 36,4 o/o gegenüber den getrennt kandidierenden bürgerlichen Parteien gewonnen; wenn die chilenische Verfassung (ähnlich der der USA) dem Präsidenten auch eine starke Stellung einräumte, so brauchte er dennoch im Parlament die Unterstützung der Christdemokraten, die sie ihm zunächst gewährt hatten, schon seit 71 aber zu nehmen versagten bzw. an immer weniger akzeptable Bedingungen knüpften. Daß die UP gegenüber dem vereinten rechten Block die absolute Mehrheit erringen könne, stand nicht zu erwarten; für sie ging es um eine relative Stärkung, um ihr politisches Programm festzusetzen (daß chilenische Präsidenten gegen oppositionelle Mehrheiten im Parlament zu regieren hatten, war schließlich kein Novum, sondern die Regel).

Den rechten Parteien geht es darum, im Senat die Zweidrittel-Mehrheit zu erringen - nur dann konnten sie Allende verfassungsgemäß stürzen.

Das Wahlergebnis: bei einer Beteiligung von über 80 o/o: 43,1 o/o für die UP, 55,5 o/o für die Rechten. Angesichts der zugespitzten wirtschaftlichen Situation bedeutet der erhebliche Stimmenzuwachs für die UP gegenüber den Präsidentschaftswahlen eine eindrucksvolle Bestätigung; der bürgerliche Block hat noch die Mehrheit, die er ja auch bei den Präsidentschaftswahlen hatte, mit zwei Kandidaten aber damals nicht zur Geltung bringen konnte. So kann sich die nun vereinte Opposition zwar als Vertreter der Mehrheit verstehen, sie hat aber ihr politische Ziel, die Zweidrittel-Mehrheit, erheblich verfehlt. Für die Rechte aber steht mehr auf dem Spiel als ein nicht erreichtes Wahlziel: sie fürchtet, wenn Allende seine Amtsperiode verfassungsgemäß im Jahre 1976 beendet, könne die Linke wiederum die Präsidentschaft und auch die parlamentarische Mehrheit gewinnen. Der "nicht-umkehrbare Weg" zum Sozialismus, so der Slogan der Linken, könnte, das der Albtraum der Rechten, zur Realität werden.

Die Schlußfolgerung, die die extreme Rechte schon vor den Wahlen gezogen hatte, formulierte Roberto Thieme, einer der Führer der faschistischen paramilitärischen Organisation "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit!) in einem Interview, das er kurz vor einem fingierten Flugzeugabsturz inclusive Beerdigung gab (mit dem "Unfall" sollte sein Abtauchen in den Untergrund kassiert werden) - Thieme erklärte, daß am Wahltag die "liberale Demokratie" sterbe. Eine Lösung sei von den "traditionellen Parteien" nicht mehr zu erwarten. Sie könne nur von den Streitkräften kommen... (Inzwischen ist auch Thieme auf Distanz zu Pinochet gegangen; der ideologische Führer von "P y L", Pablo Rodriguez, hält Pinochet noch heute unverbrüchliche Treue.)



Der Faschistenführer Rodriguez; das Foto wurde im Mai 73 veröffentlicht.

Im April 73 bringt die Regierung ein Projekt zur Schulreform ein, (Nationale Einheitsschule ENU), das eine Demokratisierung des Schulwesens und, als polytechnische Erziehung konzipiert, einen stärkeren Bezug auf die chilenische Realität anstrebt; das Vorprojekt ist im Jahre zuvor landesweit diskutiert worden: in Elternversammlungen, Schülervertretungen, Kollegien, Gewerkschaften etc.

Als die Einführung der ENU für die zweite Hälfte des Jahres angekündigt wird, entfesselt die Rechte eine aggressive Kampagne gegen das Projekt "marxistischer Indoktrination". Der von den Christdemokraten beherrschte Verband der Schülervertreter der Oberschule organisiert Schülerstreiks und Straßendemos, der Vorsitzende des Verbandes stellt dem Erziehungsminister ein Ultimatum, das Projekt zurückzuziehen, andernfalls der Streik unbefristet fortgesetzt werde. Demonstrationen und Gegendemonstrationen, Schulen werden, für oder gegen das Reformprojekt, besetzt, es kommt zu Straßenschlachten.

Wie ist es zu erklären, daß die Rechte auch unter der Jugend ein erhebliches Potential hat? In diesem Konflikt spielt der große Sektor der privaten Schulen (ca. 30 o/o der Schülerschaft) eine erhebliche Rolle. Eltern, Lehrer und letztlich auch Schüler fürchten um das Privileg ihrer elitären Erziehungsinstitute. Der Großteil dieser Privatschulen sind katholische Schulen - auch die katholische Kirche äußert sich besorgt.

Aber wie steht es mit den staatlichen Schulen? Trotz der relativen sozialen Öffnung, die die christdemokratische Schulreform bedeutet hatte, war der Besuch der Oberschule (9.-12. Schuljahr) noch weitgehend eine Schichtenschule; die weitere Öffnung durch die UP-Regierung (z.B. durch massive Stipendiumvergabe) hat die Kräfteverhältnisse noch nicht eindeutig verändert.

Das ENU-Projekt provoziert soviel Widerstand, daß der Erziehungsminister sich bereit erklärt, vor einer Versammlung der Generäle das Konzept zu erläutern. Wo immer sie "pluralistische" Erziehung hören, verstehen sie "marxistisch". Noch gilt in einigen Bereichen der Mythos, die Streitkräfte seien loyal unpolitisch, nur professionell; entsprechend verständigen sich die Militärs beim Vortrag des Ministers lediglich durch Husten und Räuspern;

einige aber - und in Elternversammlungen in ihrer Eigenschaft als Väter schon lange - äußern offen ihr "Unbehagen". Angesichts des breiten Widerstands beschließt die Regierung, das Projekt bis auf das folgende Jahr zurückzustellen.

Kongreß: "Für Chiles Freiheit"

Im Juni sind es zehn Jahre, seit eine Gruppe rückgekehrter Chile-Reisender bei der Überlegung um eine unterstützende Informationsarbeit für die wankende UP-Regierung in Chile die Herausgabe der Chile-Nachrichten beschlossen hat, die im September 1983 als Lateinamerika-Nachrichten in den 11. Jahrgang gehen.

Das traurige Jubiläum der Pinochet-Diktatur ist Grund für verschiedene Veranstaltungen zu Chile in diesem Jahr. So auch für den Kongress "FÜR CHILES FREIHEIT" vom 24. - 26. Juni 1983 in Münster.

Initiiert und veranstaltet wird der Kongress von der evangelischen und der katholischen Studentengemeinde in Münster sowie dem münsteraner Initiativkreis "Solidarität mit Chile". Zu dem Kongress, der zur größten und bedeutendsten Veranstaltung zu Chile in der BRD im 10. Jahr der Pinochet-Diktatur werden kann, werden über 1000 Teilnehmer erwartet.

Zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses haben die münsteraner Gruppen die Vertretungen der demokratischen Parteien Chiles in der BRD und deutsche Gruppen aus der Chile-Solidaritätsarbeit mit überregionaler Bedeutung zur Mitarbeit in einem Koordinationsausschuß eingeladen. Der Einladung sind die chilenischen Parteien, die Vertretung der CUT in der BRD sowie folgende Organisationen gefolgt: Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V. (Bonn), Amnesty International - Chile-Kogruppe (Siegen), Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (Frankfurt), Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (Berlin), Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität (Mainz/Walberberg) und Kinderhilfe Chile (Dortmund). Sie haben den auf den folgenden Seiten abgedruckten Aufruf vorgelegt, der bisher von über 30 namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet wurde, unter anderem von Franz Alt, Georg Benz, Heinrich Böll, Herta Däubler-Gmelin, Walter Dirks, Bernt Engelmann, Helmut Gollwitzer, Günter Grass, Dieter Hildebrandt, Ernst Käsemann, Petra Kelly, Oskar Lafontaine, Leonhard Mahlein, Dorothee Sölle.

Der Kongress setzt sich das Ziel, die Öffentlichkeit auf den Charakter der Militärdiktatur in Chile hinzuweisen, die systematischen Menschenrechtsverletzungen der Pinochet-Diktatur anzuklagen und die Perspektiven des Widerstands zu diskutieren.

Es wird ein breites Informations- und Diskussionsspektrum in Form von Großveranstaltungen und (bisher über 20 geplanten) parallelen Foren zu Einzelthemen angeboten werden. Zum Thema "Chile im Kontext Lateinamerikas" sind Vertreter der Regierungen Boliviens, Kubas und Nicaraguas und Repräsentanten der Befreiungsbewegungen El Salvadors und Uruguays eingeladen. Zur als Abschluß des Kongresses geplanten Podiumsdiskussion mit führenden Vertretern der demokratischen Parteien Chiles haben C. Almeyda von der Sozialistischen Partei, A. Sule von der Radikalen Partei, O. Garretton von der MAPU, L. Corvalan von der Kommunistischen Partei und L. Maira von der Christlichen Linken ihre Teilnahme bereits zugesagt.

Die vorgesehenen Foren sollen unter anderem folgende Themenkomplexe aufgreifen: Ideologie der nationalen Sicherheit, das ökonomische Modell der Diktatur und seine Folgen, Unterdrückungsmethoden, Widerstand, Probleme des Exils, Kirchen unter der Diktatur, Frauen in Chile, Verschwundene und Menschenrechtsverletzungen, Erfahrungen, Probleme und Aufgaben der Solidaritätsbewegung, Lebensbedingungen in Elendssiedlungen, Rüstungsexporte der BRD, Gewerkschaftliche Arbeit unter der Diktatur ...

FÜR CHILES FREIHEIT!

Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika

A U F R U F

Am 11. September 1983 werden es 10 Jahre her sein, daß in Chile die Militärs unter Führung von General Pinochet die Regierung der Unidad Popular (Volkseinheit) in einem blutigen Militärputsch beseitigte.

Drei Jahre zuvor, im September 1970, hatte das chilenische Volk in freier und geheimer Wahl den Sozialisten Salvador Allende zum Präsidenten gewählt. Seine Regierung, die Regierung der Unidad Popular, unternahm den Versuch, auf der Grundlage der bestehenden Verfassung eine sozialistische Gesellschaft in Chile aufzubauen und die ökonomische Unabhängigkeit des Landes von den reichen Industrieländern, vor allem von den USA und seinen transnationalen Konzernen, zu erkämpfen. Deshalb wurde das chilenische Experiment weltweit, insbesondere in den Ländern Lateinamerikas, mit großen Hoffnungen begleitet, zugleich aber auch von der nationalen und internationalen Reaktion erbittert bekämpft.

Mit dem Putsch vom 11. September 1973 siegte die Reaktion. Blutiger Terror und ungezählte Menschenrechtsverletzungen waren die Mittel, mit denen die Militärdiktatur errichtet wurde und mit denen sie sich bis heute an der Macht hält:

- 30.000 Menschen wurden im ersten Jahr nach dem Putsch ermordet, darunter der berühmte Sänger Victor Jara.
- Präsident Allende wurde am 11. September im Präsidentenpalast ermordet.
- Die führenden Repräsentanten der linken Parteien und der Gewerkschaften wurden, sofern sie überlebten, in Konzentrationslagern inhaftiert bzw. ins Exil gezwungen.
- 2.500 Menschen "verschwanden" in den Jahren nach 1973.
- Über 100.000 Personen sind seit dem Putsch in Gefängnissen und Lagern inhaftiert gewesen.
- Ca. 1 Million Chilenen - das sind fast 10% der Gesamtbevölkerung - mußten nach 1973 aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen das Land verlassen.

Die Diktatur zerstörte auch die fast 150jährige Tradition der parlamentarischen Demokratie:

- Das Parlament wurde aufgelöst und die Parteien sind verboten.
- Ebenfalls verboten ist die nationale Einheitsgewerkschaft CUT.
- Die Universitäten unterstehen militärischer Kontrolle.

Für die schwerwiegenden Tatsachen des Putsches und einer nun fast zehnjährigen Herrschaft der Diktatur sind die USA in entscheidendem Maße verantwortlich. Sie haben, wie in späteren Untersuchungen des US-Senats nachgewiesen wurde, die Wahl und den Amtsantritt Präsident Allendes zu verhindern versucht und waren an der Vorbereitung und Durchführung des Putsches beteiligt. Für die Reagan-Administration ist die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Diktatur ein offensiv betriebenes politisches Ziel.

Beschämend ist auch die Politik der Bundesrepublik gegenüber Chile in den letzten 10 Jahren. Die Bundesrepublik gehört heute zu den größten Handelspartnern Chiles. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt die vorgesehene Lieferung von zwei U-Booten an die Diktatur dar. Die neue Bundesregierung wird dieses Rüstungsgeschäft sicherlich nicht verhindern wollen.

10 Jahre Militärdiktatur haben Chile in seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur grundlegend verändert. Die an den Theorien des Monetaristen Milton Friedman orientierte Wirtschaftspolitik der Diktatur - seit 1975 systematisch durchgesetzt - sollte modellhaft über den unkontrollierten, "freien" kapitalistischen Markt die Probleme des Landes lösen. Ende 1982 ist das Scheitern dieser Politik offenkundig:

- Zerstört sind die Errungenschaften der chilenischen Arbeiterbewegung.
- Zerstört ist die Agrarreform.
- Zerstört ist das öffentliche Gesundheits-, Sozialversicherungs- und Bildungswesen.
- Zerstört sind auch die Produktionskapazitäten der nationalen Industrie und Landwirtschaft.

Demgegenüber konnten einige große nationale Finanzgruppen, ausländische Banken und Konzerne ungeheure Gewinne erzielen.

Chile ist nicht in der Lage, seine Auslandsschulden in Höhe von 18 Milliarden US-Dollar zu begleichen. Neue Kredite werden nicht für produktive Investitionen verwandt sondern müssen für den Schuldendienst eingesetzt werden. Die Zahl der Konkurse läßt mittelständische Repräsentanten der nationalen Industrie zu scharfen Kritikern der Wirtschaftspolitik der Diktatur werden. Die Massenarbeitslosigkeit nimmt selbst in den offiziellen Statistiken katastrophale Dimensionen an. Sie beläuft sich nach kirchlichen Quellen auf ca. 35%. Für die Mehrheit der Chilenen bedeuten diese Faktoren nur eines: Hunger, Elend und Not.

Dies ist der Hintergrund für die unveränderte Repression in Chile. Es ist eine Lüge, von einer wirklichen Verbesserung der Lage im Hinblick auf die Menschenrechte zu sprechen:

- Bis zu 20 Tagen können Personen inhaftiert werden, ohne einem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden.
- Inhaftierte werden in aller Regel mißhandelt oder gefoltert.
- Zahlreiche Personen werden - ohne gerichtliches Verfahren - in entlegene Landestteile verbannt bzw. des Landes verwiesen.
- Alltäglich ist der politische, terroristische Mord auf offener Straße.
- Alltäglich sind Razzien in den Elendssiedlungen, die nur dem Zweck dienen, ein Klima der Angst zu erzeugen bzw. zu erhalten.

Der demokratischen Opposition ist es bis heute nicht gelungen, die Stärke und Kampfkraft zu entwickeln, die notwendig ist, um das Hauptziel zu erreichen: Einheit aller demokratischen Kräfte zum Sturz der Diktatur. Die Geschichte der Opposition unter der Diktatur ist die Geschichte eines in unzähligen, mühseligen Schritten sich entwickelnden Widerstandes. Ein Widerstand, der neben zahlreiche Rückschlägen in den letzten Jahren zunehmend stärker geworden ist.

- Unter großen Anstrengungen ist es gelungen, die Parteien und Gewerkschaften zu reorganisieren.
- Im kulturellen Bereich wurden neue Ausdrucksformen gefunden und Organisationen geschaffen, die oppositionellen Künstlern ihre Arbeit ermöglichen.
- Bewohner der Elendssiedlungen organisieren sich.
- Eine neue Studentengeneration entwickelt eigene politische Kampfformen gegen die Diktatur.
- Für die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, die Freiheit der politischen Gefangenen und die Rückkehr der Exilierten wurde und wird kompromißlos gekämpft.
- Die katholische Kirche klagt Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen an, und leistet in vielen Bereichen solidarische Hilfe.

Die Krisen der Militärdiktaturen in Brasilien, Argentinien, Uruguay und Chile, das Scheitern der Diktatur in Bolivien beweisen die Unfähigkeit der Militärdiktaturen, die dringendsten Probleme der Menschen in diesen Ländern zu lösen. Sie signalisieren aber auch - ebenso wie die siegreiche Revolution in Nicaragua und der Verlauf der Kämpfe in El Salvador und Guatemala -, daß die Befreiungskämpfe in Lateinamerika Fortschritte machen.

Die unterzeichnenden Personen und Organisationen unterstützen deshalb die Durchführung des Kongresses "Für Chiles Freiheit!" als überregionale Veranstaltung der Chile-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik unter der Beteiligung möglichst aller Sektoren und Strömungen der demokratischen Opposition in Chile.

FÜR CHILES FREIHEIT! FÜR DIE FREIHEIT LATEINAMERIKAS!

REZENSIONEN

Politisches Theater in Lateinamerika

Das Buch "Politisches Theater in Lateinamerika" von Heidrun Adler erschien 1982 im D.Reimer Verlag Berlin. Der Untertitel "Von der Mythologie über die Mission zur kollektiven Identität" skizziert den Bereich, in dem das politische Theater beschrieben werden soll: das präkolumbianische Theater vor der Eroberung Lateinamerikas, das Missionstheater der Mönche, das als Unterdrückungsinstrument diente und schließlich das politische Theater heute. Hierbei findet das bürgerliche Theater der Schauspielhäuser keine Beachtung, es geht vielmehr um die Arbeit der vielen kleinen und größeren freien Theaterkollektive, die auf dem Land und in den Städten arbeiten.

Dem Buch als Einleitung vorangestellt ist ein knapper geschichtlicher und literaturgeschichtlicher Überblick, der es auch dem weniger gut informierten Leser möglich macht, die folgenden Darstellungen zumindest teilweise in ihren politischen und literarischen Kontext zu stellen. Die Untersuchung selbst ist klar strukturiert und in fünf Punkte geteilt: 1. Das präkolumbianische Theater, 2. Das Missionstheater, 3. Politisches Theater heute (allg. Überblick), 4. Das Revolutionstheater in Cuba und 5. Politisches Theater in der Opposition. Die Kapitel selbst beginnen jeweils mit der Beschreibung der historisch-politischen Situationen, in denen sich die vorgestellten Theaterformen entwickelten. Zahlreiche Beispiele lockern den Stoff auf, machen das Lesen spannend und die Thesen der Autorin einsichtig. Die einzelnen Theaterformen werden in Form und Inhalt miteinander verglichen, so daß der Leser erkennt, daß die einzelnen Formen nicht isoliert, sondern in einer Entwicklung zu sehen sind. Aus ihrer historischen Sichtweise heraus entwickelt die Autorin Anforderungen an das heutige politische Theater: Das präkolumbianische Theater diente der Erhaltung der bestehenden Ordnung, Kritik wurde darin manipuliert und in die gewünschten Bahnen gelenkt. Das Missionstheater diente als Instrument der Unterwerfung unter die Kolonialmacht. Das politische Theater heute begreift sich als veränderndes Instrument, es zeigt die Beziehungen zwischen individuellen Reaktionen und sozio-ökonomischen Gesetzmäßigkeiten auf und führt durch die Erkenntnis zur Befreiung.

Auch wenn die fremdsprachigen Zitate leider nicht übersetzt worden sind, leistet das Buch besonders für den nicht-spanischsprachigen Leser einen wichtigen Beitrag in der Diskussion um das lateinamerikanische Theater, da es zu diesem Thema kaum deutschsprachiges Material gibt.

Heidrun Adler: Politisches Theater in Lateinamerika
Dietrich Reimer Verlag
Berlin 1982

Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika

Ester Boserup

Edition Cordeliers, Stuttgart 1982

Der Zeitraum 1976 bis 1985 ist von der UNO zur Dekade der Frau erklärt worden. Internationale Konferenzen, insbesondere die Weltfrauenkonferenz in Mexico (1975) und in Kopenhagen (1980) haben auf die Situation der Frauen in der Dritten Welt aufmerksam gemacht und Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen gefordert. Ester Boserup hat mit ihrem Buch, das vor 10 Jahren in englischer Sprache erschienen ist, einen wesentlichen Beitrag zu dem Zusammenhang von "Frauen und Entwicklung" geleistet. Ihrer pionierhaften Arbeit ist es mit zu verdanken, daß einer breiten Öffentlichkeit bewußt gemacht wurde, daß Frauen die Last der Unterentwicklung tragen.

Sie hat sich dieser Thematik zu einer Zeit angenommen, als man/frau der ökonomischen Rolle der Frau in der Dritten Welt noch kaum Beachtung schenkte. Zum anderen hat sie durch die Aufarbeitung einer Fülle von empirischem Material - das sich hauptsächlich auf die Rolle der Frau in der Landwirtschaft Afrikas und Asiens bezieht - eine ganze Reihe von Entdeckungen gemacht, die vielen weiteren Untersuchungen die Richtung gewiesen haben. So wie das Buch von Ester Boserup Geschichte gemacht hat, ist es heute schon selbst ein historisches Werk.

Hier soll kurz auf einige Argumente aufmerksam gemacht werden, die das Buch in die Diskussion gebracht hat, aber auch einige Kritikpunkte genannt werden, die neuere feministische Beiträge deutlich gemacht haben und die auf die Notwendigkeit von weiteren und genaueren Analysen hinweisen.

Ester Boserup stellt fest, daß die Geschlechtszugehörigkeit weltweit und historisch ein bestimmender Faktor bei der Teilung der Arbeit ist. Regional gibt es aber bedeutende Unterschiede der Arbeit, die von Frauen verrichtet wird. Sie stellt fest, daß der Entwicklungsprozeß Einfluß auf die Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nimmt. Einige der wichtigsten Ergebnisse sind:

- Identifizierung von weiblichen und männlichen Systemen der Landbestellung. Weiblich: Rotation der Felder, Hackbau, Gemeinschaftsbesitz an Boden und kollektive Bewirtschaftung, geringe Bevölkerungsdichte; Männlich: intensive Bodennutzung, Pflugwirtschaft, Privatbesitz an Boden, hohe Bevölkerungsdichte.
- entgegen westlich-patriarchalischer Vorstellung waren und sind die Frauen wichtige Nahrungsmittelproduzentinnen in der Landwirtschaft
- der Kolonialismus führt eine neue Arbeitsteilung ein: Frauen produzieren für den Eigenbedarf der Familie (Subsistenz), Männer für den Markt (cash-crops)
- Frauen und Männer werden unterschiedlich von der Entwicklung betroffen: Frauen werden aus gesellschaftlicher Produktion verdrängt und verfügen über kein Geldeinkommen. Dadurch verschlechtert sich die Stellung der Frau erheblich gegenüber der des Mannes
- die ökonomischen Leistungen der Frau für den Eigenbedarf der Familie werden nicht anerkannt. Sie gehen nicht in das Bruttosozialprodukt ein und tauchen in keiner amtlichen Statistik auf.

Die Diskussion der letzten Jahre hat einige Aspekte deutlich gemacht, die in ihrer Arbeit vernachlässigt worden sind:

- die Stellung der Frau und ihre ständige Verschlechterung wird nur ungenügend in einen weltweiten Zusammenhang gestellt. Besonders die internationale Verflechtung des Kapitals und die Aufnahme industrieller Produktion in den Ländern der Dritten Welt, hat die Ausbeutung der Frauen verschärft. Die unbezahlte Produktion von Frauen für den Eigenbedarf erhält ein stärkeres Gewicht gegenüber der männlichen Lohnarbeit, die durch den Einsatz moderner Produktionstechniken ständig zurückgeht. Das Überleben ganzer Familien wird zunehmend abhängig von der immer umfangreicheren Arbeit der Frauen.
- Insgesamt wird dem Zusammenhang von gesellschaftlicher Produktion und familiärer Reproduktion zu wenig Beachtung geschenkt. Um eine Antwort auf die Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß zu finden, müssen die Bereiche der Kinderaufzucht, Hausarbeit etc. stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Erst dann wird die spezifische Ausbeutung der Frau deutlich und die verschiedenen Faktoren, die ihre Unterdrückung bewirken.
- Eine Verbesserung der Situation der Frauen in der Dritten Welt wird von Ester Boserup in einem erweiterten Zugang der Frauen zu Bildung und Ausbildung gesehen. Dabei übersieht sie, daß ein Mehr an formaler Bildung nicht zwangsläufig zur Lösung der Gesellschafts- und Geschlechterfrage führt.

So kann gerade die kritische Lektüre des Buches einen wichtigen Lernprozeß bewirken.



Leserbrief

Liebe Leute,

Schon beim Lesen der letzten Nummern der LAN hatte ich ein eher ungutes Gefühl. Bevor ich mich in die individuelle Resignation zurückziehe, will ich heute meine Unzufriedenheit auf Papier bringen. Dabei beziehe ich mich v.a. auf den Artikel über die Senderos in der letzten Nummer, zum Teil auch in Nr.112.

Ihr schreibt vom Schweigen der bundesdeutschen Medien über das Phänomen "Sendero Luminoso". Ich sehe das ganz anders: vielleicht habe ich eine sehr selektive Wahrnehmung, aber nach meinem Eindruck ist über die Aktivitäten dieser Gruppe viel mehr berichtet worden als über sagen wir die Auseinandersetzungen zwischen Staat und organisierten Barriobewohnern oder Bauern. Sendero kommt mit seinem spektakulären Aktionismus dem Sensationsjournalismus gerade stark entgegen. Aber gehen wir mehr auf die Inhalte:

In Eurem Beitrag wollt ihr Sendero in den Geschichtlichen Kontext stellen; an sich ein lobenswertes Vorhaben. Aber was kommt dabei heraus? Ein Zusammenschreibsel der peruanischen Geschichte eines halben Jahrtausends auf ein paar Seiten, wobei mir durchaus nicht deutlich wurde, was da an neuer Erkenntnis einfloß und wo der spezielle Bezug zu Sendero sein soll. Im übrigen scheint die Geschichte der letzten Jahre v.a. aus der Abspaltung diverser Grüppchen selbsternannter kommunistischer Parteien zu bestehen, wobei Jahr für Jahr die "Parteien" aufgelistet werden, ohne irgendwo dazu Stellung zu beziehen. Halt: zum Schluß kommt es doch raus, urplötzlich bewegt sich Sendero "wie ein Fisch im Wasser". Wo habt ihr das denn abgeschrieben?

In der Nr.112 hattet ihr noch geschrieben, daß die LAN zu besagtem Phänomen keine einheitliche Stellungnahme hätte. Gut, davon merkt man aber in besagtem Artikel nichts. Um nochmals auf Nr.112 zurückzukommen, der Artikel aus "Que Hacer" ist wohl einiges differenzierter, überzeugt mich aber trotzdem nicht. Außerdem, was haltet ihr davon anzugeben, was "Que Hacer" ist? Um euch ein positives Beispiel zu geben, wie ich mir eine bessere, brauchbarere Berichterstattung vorstellen kann, lest doch mal den Artikel in der letzten Nummer des iz3w! Da könnt ihr noch einiges lernen. So, macht's besser, laßt lieber den einen oder anderen fraglichen Beitrag weg!

siehe auch Editorial



FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE - LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.
GNEISENAUSTR.2 1000 BERLIN 61 Tel:(030) 693 40 29

MEDIEN

"GERMANY AND THE ARGENTINE BOMB"

1-stündiger BBC-Bericht (April 1982)

von Robert Denselow

Video-Band VHS-System

Ein Film über die atomare Zusammenarbeit zwischen Argentinien und der Bundesrepublik Deutschland. Der Bericht, der mitten im Falklandkrieg ausgestrahlt wurde und für großen Wirbel in Großbritannien und Deutschland sorgte, geht davon aus, daß die Bundesrepublik Deutschland durch das Atomabkommen mit Argentinien das lateinamerikanische Land zumindest fahrlässig beim Bau der Atombombe unterstützt. Der Film deckt außerdem personelle Verbindungen zwischen der deutschen Forschung in der Nazizeit und der Entwicklung der deutschen und argentinischen Atomforschung nach dem zweiten Weltkrieg auf. An den Bericht schließt sich eine halbstündige Diskussion über den Bericht an, an der auch der damalige Regierungssprecher Rühl, Prof. U. Albrecht (Berlin) und Dr. Barney (Sipri, Stockholm) teilnahmen.

Bestellungen beim FDCL

WEITERHIN IM VERLEIH

"Der Griff nach der Bombe"

25-minütige Ton-Dia-Serie

zum Verkauf des Atomkraftwerks Atucha II durch die Siemens-Tochter Kraftwerksunion an das argentinische Militärregime

Bestellungen beim FDCL

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN



Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108

Kennwort: Argentinien - Hilfe

Termine

Werkstatt "Alphabetisierung oder: die Befreiung des kolonisierten Bewußtseins"

vom 11. - 15. Mai 1983 in Bad Hönningen

Projekt "Anti-Rüstungsexportkampagne"

Werkstatt vom 16. - 19. Juni 1983 in Roßdorf/Darmstadt

Anmeldung/Information bis spätestens 14 Tage vor Beginn an:

AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn 1, tel 0228/ 23 40 21, z.Hd. Uschi Schmidt

++++++

ESG beim Kirchentag '83:

Veranstaltung gegen Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit
Stuttgart. Beim Evangelischen Kirchentag in Hannover (8.-12.6.83) plant die ESG eine große Veranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß. Eine ganze Reihe nationaler und internationaler Gruppen wollen daran mitwirken. Neben einem großen Info-Markt mit Ausstellungen, Büchertischen, Film und Video, Diskussionsrunden und offenen Foren am 10. "Von 12 bis 12" sind offene Bühnen für Lieder- und Theatermacher, Kabarett und Pantomime geplant. Die Veranstaltung steht unter dem Motto "Das weiche Wasser bricht den Stein" und wird mit einem großen open-air Festival zu Ende gehen.

Gruppen, Initiativen usw., die an einer Mitwirkung interessiert sind, Ausstellungen haben, Stände bei dieser Freiluftveranstaltung machen wollen sowie Leute, die an einer Mitwirkung am kulturpolitischen Programm interessiert sind, sollen sich an die Bundesgeschäftsstelle der ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1 wenden.

++++++

SOLIDARISCHE KIRCHE - SOLIDARISCHES HANDELN

so lautet das Motto des Solidaritätskongresses, den die Christliche Initiative El Salvador e.V. in Zusammenarbeit mit verschiedenen kirchlichen Jugendverbänden und 3. Welt-Initiativen vom

13. -15. Mai 1983 in Limburg/Lahn

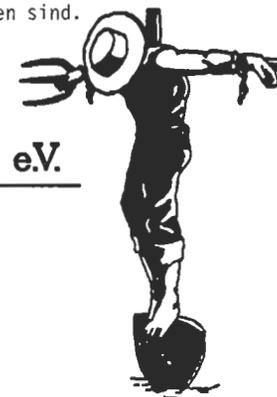
veranstaltet. Es werden 300-500 Teilnehmer erwartet. Mitglieder von Basisgemeinden aus El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Honduras haben ihre Teilnahme zugesagt.

Grundgedanken und inhaltliche Konzeption sind aus einem Falblatt zu erfahren, das ebenso wie das Kongressplakat kostenlos zu bestellen sind.

Kardinal - v.-Galen - Ring 45, 44Münster

Christliche Initiative El Salvador e.V.

Christl. Initiative El Salvador e.V., Kardinal-v.-Galen-Ring 45, 4400 Münster



Zeitschriftenschau

ila-info 64/83 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Costa Rica - Gescheitertes Entwicklungsmodell und Abbröckeln der demokratischen Fassade

Berichte und Hintergründe: "In meinem Fleische verspürt'ich Deine Armut"- Papstbesuch und Kirchenverfolgung in Mittelamerika/ Grenada-Frauenkonferenz - Die nationale Frauenorganisation plant ihre Zukunft/ Peru - Die parlamentarische Linke und "Sendero Luminoso" / Brasilien - Der Genosse Bürgermeister von Diadema.
Ländernachrichten: Chile, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama, Peru
Solidaritätsbewegung: " Militärs und Liberale sind Verbündete" - Gespräch mit dem Präsidenten der honduranischen Menschenrechtskommission zur wachsenden Repression in Honduras/ Kritik der un-Politischen Ökonomie- Vorstellungen: Zu den Wahlprüfsteinen 1983 zur Entwicklungspolitik/ Biedermann wählt Biedermann - Kommentar zur Wahl in der BRD / Wahlergebnisse: Kardinal Hööner schließt Bonner Studentengemeinde/ Paraguay - Bald Farmland für die Bundesregierung? Top-Renditen und Hunger - Agrorbusiness in Brasilien / Gründung der Landes-AG " Ökologie und Dritte Welt" der Grünen / Täglich sterben die Kinder - Hungertote in mexikanischen Elendslagern/ Prost Herr Botschafter - Die Bundesregierung setzt auf Rios Montt/ Seminar "Dritte Welt und Frieden" - Eine Bilanz
 Zeitschriftenschau, Materialliste(Ergänzung)

iz3w 108/1983, Postfach 5328, 7800 Freiburg i.B.

Schwerpunktthema: Afghanistan - Widerstand im Wandel ; die Sowjetunion auf die Anklagebank

Außerdem: Der Itaipú-Stausee - Prestigeobjekt am Rio Paraná/ Israel - Der Bericht der Untersuchungskommission zu den Massakern in Sabra und Schatila/ Ausländer in der BRD: Beginn einer härteren Ausländerpolitik - Keine Chance für Bewerber aus der Dritten Welt - Ausländer(-verdrängungs-)politik/ Ausländer 'raus aus Nigeria / Der "Leuchtende Pfad" in Peru/ Kupferbergbau in Papua Neuguinea / Kulturbüro in der Werkstatt 3 / Solidarität mit Alexander Schubart/ Rezensionen Register für die Jahrgänge 1981+1982

issa 3/1983 , Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Widerstand in Südafrika: Einheit gegen "Teile und Herrsche" - ANC zur Funktion des bewaffneten Kampfes - ANC-Anschläge - Anschlag auf AKW-Koeberg - AZAPO und AZASO: Zu Differenzierungsprozessen innerhalb der Black-Consciousness-Bewegung - PAC wieder geeint? - Konsumboykott: Sich mit Brot und Bonbons wehren... - Militarisierung und Verweigerung - Pretorias langer Arm: Erfolge der Destabilisierungspolitik gegen Angola und Mosambik
Namibia: Das Ende der DTA: Neuaufgabe der "internen Lösung"?

Zimbabwe: Der Dreijahresplan: " Neue soziale Ordnung" oder Verstärkung der Abhängigkeit?

Memorandum zur internationalen Konferenz der Solidarität mit den Frontstaaten Südafrika: " Botschafter Südafrikas": Fernreise nach Südafrika

Aktionen: Kein Urteil zur Sache: Stellungsnahmeder AAB zum Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster - Protest gegen Todesurteile in SA

SKAAL, Solidarität 76/1983, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Krise der Militärs in Lateinamerika; Chile: Hundert Jahre Problemlosigkeit/ Brasilien: Technokraten an der Macht/ Peru: Leuchtender Pfad in der Sackgasse?/ Sicherheitskonzepte in Lateinamerika und Westeuropa
 PLO zwischen Flexibilität und Kompromissen/ Nigerianische Fremdarbeiterpolitik à la Suisse?/ Lange Problemliste für die Blockfreien in New Delhi/ "Wildnis und Zivilisation" am Baseler Theater / Dossier Schweiz-Trikont/ Bücher zu Revolution und Krieg in El Salvador

2. Konferenz für Europäische Atomare Abrüstung Berlin Mai '83

9.-14. Mai 1983 Internationales Congress-Centrum

Für ein atomwaffenfreies Europa:



Diese Konferenz wird veranstaltet vom europäischen Liaison-Comitee (ein kontinuierlich arbeitendes Forum der Vertreter von Friedensorganisationen aus 14 Ländern), dessen Grundlage der Russell-Aufruf für ein atomwaffenfreies Europa von 1980 ist. In Berlin sollen, wie schon auf der ersten Konferenz im Juli 1982 in Brüssel, Erfahrungen ausgetauscht und die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene vertieft werden.

PROGRAMM:

- Von Montag, 9.5. bis Mittwoch, 11.5. wird ein vorbereitetes **SYMPOSIUM** stattfinden. Um eine intensive Diskussion zu gewährleisten, ist die Teilnehmerzahl hier auf 500 beschränkt (Anmeldungen gelten in der Reihenfolge ihres Eingangs). Auf vier Hearings zu folgenden Themen diskutieren Abrüstungsexperten und Friedensforscher und sollen von den Teilnehmern der Konferenz befragt werden:

- HEARING 1:** Die Bedeutung der revolutionären Entwicklung in der Rüstungstechnologie und -ökonomie
- HEARING 2:** Die Krise der Abrüstungskontrolverhandlungen: Konsequenzen für die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa
- HEARING 3:** Alternative europäische Sicherheitspolitik: Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit — Der Palme-Bericht
- HEARING 4:** Atomwaffenfreies Europa ohne zunehmende konventionelle Rüstung

- Von Donnerstag, 12.5. bis Samstag, 14.5. findet die eigentliche Konferenz statt deren Ablauf mit Arbeitsgruppen und Internationalen Foren eine intensive Diskussion zwischen allen Teilnehmern gewährleisten soll. Folgende Schwerpunkte werden dabei gesetzt:

- INTERNATIONALES FORUM 1:** NATO-«Nachrüstung» und Strategien des Widerstandes
- INTERNATIONALES FORUM 2:** Atomwaffenfreie Zonen in Europa
- INTERNATIONALES FORUM 3:** Die beiden deutschen Staaten — eine atomwaffenfreie Zone?
- INTERNATIONALES FORUM 4:** Politische Bedeutung der Abrüstung in Ost- und West-Europa
- INTERNATIONALES FORUM 5:** Soziale, ökonomische und ökologische Kosten des Rüstungswettlaufs
- INTERNATIONALES FORUM 6:** Verhältnis der westeuropäischen Friedensbewegung zur Dritten Welt

Daneben wird es noch regionale und nationale Foren geben, sowie Arbeitsgruppen nach bestimmten sozialen und berufsspezifischen Kriterien.

- Thema der **ABSCHLUSSVERANSTALTUNG** am 14.5.: Für ein atomwaffenfreies Europa — nächste Schritte der Friedensbewegung.

Wir erwarten Delegationen aus allen westeuropäischen Ländern und viele Gäste aus Osteuropa, Japan, den USA, aus dem pazifischen Raum und Australien.

Ihre Mitwirkung haben — neben vielen anderen — bereits zugesagt:

Bill Arlin (USA), Egon Bahr (BRD), Fabrizio Battistelli (I), Claude Bourdet (F), Biacomo Cagnès (I), Luciana Castellina (I), Ken Coates (GB), Michael Cooley (GB), Daniel Elieberg (USA), Miet Jan Faber (NL), Berge Furre (N), Johan Galtung (N), Günter Gaus (BRD), John Grepstad (N), Juan Guzman (Belgien), Andreas Hegedüs (HU), Mats Holström (S), Lynne Jones (GB), Mary Kaldor (GB), Peter Kelly (BRD), Bruce Kent (GB), Rajan Malaviya (Indien), Zhores Medvedev (UdSSR), Eva Nordland (N), Peter von Oertzen (BRD), Jiri Peikan (I), Dan Smith (GB), Karsten D. Voigt (BRD), Jane Williams (GB), Judith Winter (DK)

Zur Teilnahme Anmeldebuch abtrennen und einseinen an: **Deutsches Sekretariat der 2. Europäischen Konferenz für Abrüstung**, Zietenstr. 1, 1000 Berlin 30 (Tel.: 030/261 13 92). Dort sind auch weitere Informationen erhältlich.

Anmeldung zur Konferenz:

Ich/weir melden mich/uns an zur 2. Europäischen Konferenz v. 9.-14.5. in Berlin (bei Gruppenanmeldungen bitte Teilnehmerzahl und Kontaktadresse angeben):

Name/Anschr./Telefon:
 Friedensgruppe/Organisation/Gewerkschaft:
 Unterschrift:

Ich/weir zahlen/den Teilnehmerbeitrag von 80,- DM/für das Symposium 20,- DM

- durch Überweisung PSK/Kto. Berlin-West Nr. 402-100 Sonderkonto Jürgen Graefe (BLZ 100 100 10)
- mit dem beigefügten Scheck
- mit beigefügtem Geldschein

links

Sozialistische Zeitung

WER HAT
ANGST
VORM
GROSSEN
COMPUTER
BRUDER?

April-Heft: Volkszählung, neue Medien, Palästina, Landleben in der BRD.

Jahresabo 35,- DM, Einzelheft 3,- DM, Bezug: Verlag 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4.

Das deutsch / brasilianische
Bombengeschäft

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN



Diese Sondernummer enthält
Analysen, Dokumente und Be-
richte zum deutsch-brasilianischen Atomgeschäft un-
ter besonderer Berücksich-
tigung der sozialen und
wirtschaftlichen Folgen
für Brasilien.

159 Seiten, DM 7,-



Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.
- Geschäftsleiter: Veron - T. 02151/22374
Margaretenstr. 11, 4099 Mönchengladbach
Paraguay Rundbrief:
- Zusammenhänge mit Westeuropäertraktat und arbeitslosen Berichten über
- Wirtschaft
- Kultur und
- politische Situation
- Beziehungen BRD - Paraguay
- Adressenverzeichnis 15,- DM

PA
G

Sozialdemokratie und Lateinamerika

Teil I: Politik und Geschichte

Tilman Evers: Die westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika -
Offensive oder Flucht nach vorne?

Stefan Saarbach: Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerikapolitik
der Sozialdemokratie

Frieda Jering: Zur Geschichte der Sozialistischen Internationale

Fernando Mires: Haya de la Torre, oder: Das Bewußtsein des Populismus

Manfred Faßler: Gesellschafts- und Emanzipationsentwürfe der deut-
schen Sozialdemokratie. Einige historische Thesen

Teil II: Länderstudien

(Venezuela, Nicaragua, El Salvador, Costa Rica, Brasilien, Bolivien,
Chile)

Herausgegeben vom Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile - Lateinamerika FDCL

416 Seiten DM 29,80

Bezugsadresse: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

Mit der Brigade nach Kuba



Wir sind zwar kein Reisebüro, jedoch besteht die Möglich-
keit, mit der FMK im Rahmen eines Arbeitsaufenthaltes (Brigade) das sozialistische Kuba kennenzulernen.
Zusammen mit 12 anderen Delegierten aus Westeuropa
(Regida José Madrid) und Kubanern wird in der Nähe von
Yaguajay auf dem Bau und in der Landwirtschaft gearbeitet.
Ziel der Brigade ist einerseits, in Form gemeinsamer Arbeit,
seine Kultur und den Fortschritt seiner Revolution kennen-
zulernen. Andererseits soll versucht werden, Kuba der
Westdeutschen Bevölkerung näher zu bringen. Durch die zum
Großteil verdrehte Berichterstattung bürgerlicher Medien
wird Kuba oft in ein falsches Licht gerückt. Wir wollen mit
anderen fortschrittlichen Organisationen und Verbänden
zusammenarbeiten und im Rahmen dieser Möglichkeiten
aufzeigen, wie sich Kuba seit dem Sieg der Revolution vor-
wärts entwickelt hat. In diesem Sinne wollen wir Organi-
sationen (z.B. Gewerkschaftsjugend, Jusos, Judos, Evangeli-
sche Industriejugend etc.) zur Teilnahme an den Brigaden
auffordern.

Ablauf der Brigade:

- 3 Wochen Arbeit auf dem Bau und in der Landwirtschaft
- 1 Woche intensives Kennenlernen einer Region Kubas
durch Besichtigungen und Rundfahrten
- Abends gibt es Vorträge zu den verschiedensten The-
men, Konzerte, Theateraufführungen, Filme, gesell-
sames Beisammensitzen
- Differenziertes Programm für verschiedene Interessen
und Berufsgruppen.

Voraussetzung für die Teilnahme:

- Beruf: gleichgültig
- gute gesundheitliche und psychische Konstitution
(Arbeit in anderem Klima, ständiges Zusammensein mit
vielen Menschen etc.)
- Spannschmerzthese wären von Vorteil
- Mitgliedschaft in der FMK ist erforderlich, außer für offi-
zielle Vertreter von Jugendorganisationen.
- Die Teilnahmekosten liegen bei ca. 1500,- DM.
Näherer Informationen können bei Mitgliedern der FMK und
den „Altbipädigsten“ eingeholt werden



Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba e.V.
Postfach 3345 · 1000 Berlin 30